

A black silhouette of the Düsseldorf skyline, including the Rhine Tower, the suspension bridge, and various city buildings.

SPD Düsseldorf erneuern!

Der Parteitag.

**Samstag, 17. März 2018, ab 10.00 Uhr
Heinrich-Heine-Gesamtschule,
Graf-Recke-Straße 170, 40273 Düsseldorf**



A

Programmatische und inhaltliche Erneuerung der SPD

Antrag A1

nach Änderung **angenommen**; s. Protokoll, S. 4

Antragsteller: Ortsverein Düsseldorf Garath-Ost

Adressaten: Parteivorstand

HINWEISE FÜR EIN NEUES GRUNDSATZPROGRAMM DER SPD

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag in Berlin im Dezember 2017 beschlossen, ein neues Grundsatzprogramm zu entwickeln. Mit dem Projekt KOMPASS2018 soll in diesem Jahr über Themen wie Europa, Migration, Gleichstellung der Geschlechter sowie die Agenda 2010 diskutiert werden.

Dies ist ein notwendiger Schritt um bei den Bürgerinnen und Bürgern Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Um sich nicht der Gefahr auszusetzen, Fehler zu wiederholen, sollten einige grundlegende Dinge beachtet werden:

Die SPD muss aufhören, durch zu viele Phrasen, Aufzählungen und Methapern die Inhalte zu verwischen und die Leserinnen und Leser dabei im Unklaren darüber zu lassen, was denn nun eigentlich gewollt ist. Auch sollte eine Sprache gewählt werden, die alle verstehen und die klar zum Ausdruck bringt, was unsere Visionen und Ziele sind und wofür die deutsche Sozialdemokratie steht.

Die Partei muss sich selbstkritisch die Glaubwürdigkeitsfrage stellen. Sie muss ihre Versprechen in der alltäglichen Politik halten und tun was in ihrem Programm steht. Dieses muss die Basis für Wahlprogramme und bei Koalitionsverhandlungen sein. Die SPD darf in der Praxis ihren wichtigsten Kernpunkten nicht zuwider handeln.

Ein Beispiel - dargestellt am Thema „Abrüstung und Nichtverbreitung“ - soll das verdeutlichen: Wenn im aktuellen Hamburger Grundsatzprogramm auf den Seiten 24f definiert ist, „Rüstungsexporte in Entwicklungsländer sind abzulehnen, weil sie die nachhaltige Entwicklung eines Landes gefährden“, dann darf eine Koalition an der die deutschen Sozialdemokrat*innen beteiligt sind, nicht neue Rekorde bei der Lieferung von Kriegswerkzeugen aufstellen!

Außerdem sollte darauf hingewiesen werden, wie dringend die SPD ein neues Grundsatzprogramm benötigt, um in den kommenden Wahlen wieder Ergebnisse wie vor 20 Jahren zu erzielen. In den verbleibenden gut drei Jahren bis zur nächsten Bundestagswahl kann noch einiges passieren, was das Wählerverhalten beeinflusst. Deshalb darf die Partei keine Zeit verschwenden und muss zügig vorangehen.

Wir, die Düsseldorfer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind verantwortlich für die Menschen der Landeshauptstadt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Wir sollten diese Rolle noch stärker als bisher nutzen, in der Bundespartei den bestmöglichen Weg in die Zukunft

- 1 einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft gleichberechtigter durch eigene Ideen und
- 2 Beiträge mitzugestalten.

BERICHT DER AG „LIEGT DER FEHLER IM SYSTEM“**Antragsteller:** AG“ Liegt der Fehler im System?“**Adressaten:** UB-Parteitag**Der Unterbezirksparteitag möge den nachfolgenden Bericht der Arbeitsgemeinschaft „Liegt der Fehler im System“ zur Kenntnis nehmen und interessierte Mitglieder zu weiteren Mitarbeit motivieren.**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die AG hat sich vorgenommen, konkrete Vorschläge für Reformen in unserem Sozialsystem zu machen. Diese sollen auch durchaus grundlegender Natur sein, um die aus unserer Sicht wachsende soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Gerade in der aktuellen Debatte um die Erneuerung der SPD sehen wir eine dringende Notwendigkeit zur Erneuerung unseres Sozialsystems.

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt sowie die zu erwartende Energiewende werden zwangsläufig mehr Arbeitsplätze abbauen als sie schaffen. In Verbindung mit der zu erwartenden demografischen Entwicklung wird dies zwangsläufig zu weniger Beitragszahlern führen, bei einer steigenden Anzahl an Leistungsempfängern. Es ist daher an der Zeit, andere Ideen zu entwickeln, um unseren Sozialstaat langfristig leistungsfähig zu halten, die Gesundheit der Menschen zu verbessern und ein würdiges Leben im Alter zu gewährleisten. Gerade die SPD muss die Initiative übernehmen und neue Ansätze entwickeln. Wichtige Themen wie das bedingungslose Grundeinkommen, Sonderabgaben für überwiegend maschinell produzierende Unternehmen oder eine verfassungskonforme Vermögenssteuer dürfen nicht länger nur Ideen in den Köpfen bleiben, sondern müssen in Partei und Gesellschaft breiter diskutiert werden. Da wir diesen wichtigen Themen die notwendige Aufmerksamkeit und Sorgfalt widmen, soll dieser Bericht dazu dienen, euch den aktuellen Stand unserer Arbeit vorzustellen. Wir haben uns ausdrücklich dagegen entschieden, die bisherigen Ergebnisse unserer Arbeit dem Parteitag als Antrag zu unterbreiten. Damit möchten wir verhindern, dass die in der Entwicklung steckenden Visionen der AG durch Änderungsanträge o.Ä. verwaschen werden und die AG nicht mehr mit Ihren eigenen Ideen weiterarbeiten kann.

An dieser Stelle laden wir ausdrücklich alle Genossinnen und Genossen ein, uns in dem Entwicklungsprozess zu unterstützen und Teil der Arbeitsgruppe zu werden!

Um die vielen Ideen des World Cafés bestmöglich zu bündeln, haben wir zu den großen Themen „Rente“ und „Bürgerversicherung“ Leitlinien erarbeitet. In den kommenden Wochen werden wir die Ideen und Impulse unserer Leitlinien überwiegend an den Wochenenden vertiefen. Um dabei alle notwendigen Bereiche und deren Auswirkungen abzudecken, benötigen wir die Unterstützung und Expertise aller Genossinnen und Genossen, idealerweise schon im Entwicklungsprozess.

Rente

Wir haben uns in der Rentenfrage mit 4 zentralen Fragen beschäftigt. Darauf basierend werden wir ein grundlegendes Konzept entwickeln, das anschließend in der Partei diskutiert werden soll. Unsere Zielsetzung ist dabei stets, Altersarmut zu bekämpfen. Dieses Konzept soll von Leistungsarten bis zur Finanzierung diskutiert werden.

1. Was ist uns die Rente wert?

Die Rente sollte deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegen. Altersarmut darf, gerade nach einer langjährigen Beschäftigungsbiographie, kein Thema sein. Alle in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten erklären sich solidarisch zueinander. Spitzenverdiener*innen werden hierbei stärker belastet als Geringverdiener*innen. Ziel sollte es sein, das individuelle Rentenniveau in Abhängigkeit von den Beschäftigungszeiten auf 70-90 % des Lebensstands vor Renteneintritt anzuheben.

2. Wie soll ein neues Rentensystem aussehen?

Zukünftig sollen alle Menschen in der Rentenversicherung versichert werden. Dies soll nicht ausschließlich dazu dienen, die Beitragseinnahmen zu erhöhen, sondern dazu, eine solidarische Grundlage zu erreichen und unsolidarische Systeme, wie berufsständische Versorgungssysteme für Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Ärzte und Ärztinnen o.Ä. zukünftig abzubauen. Ebenso sollen künftig alle Arten von Einkommen beitragspflichtig werden und die Beitragsbemessungsgrenze entfallen. Es soll ein 3-Säulen-System geben:

- a) **Staatliche Grundrente für jede/n**, die sich an der Höhe der Grundsicherung bzw. dem Mindestlohn orientieren soll. Diese soll vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.
- b) **Beitragsfinanzierte Individualrente**, die ohne Anrechnung auf die Grundrente dazu kommt. Im Sinne der Solidarität muss die beitragsfinanzierte Individualrente ab einem gewissen Niveau abgeschmolzen und nach oben hin gedeckelt werden (Hierfür ist jedoch eine Verfassungsänderung notwendig). Hierbei soll das eigene Einkommen nicht mehr im Verhältnis zum Durchschnitt gesetzt werden, um Niedriglohn Beschäftigte nicht schlechter zu stellen (s. auch z. B. Österreicher Modell)
- c) **Betriebliche Altersvorsorge stärken:**

Durch die letzte Änderung am Betriebsrentengesetz bekommen Arbeitnehmer*innen keine garantierten Festleistungen mehr. Dies muss wieder umgekehrt werden, um das Risiko auf den Arbeitgeber*innen zurück zu verlagern.

Eine staatlich verwaltete Versorgungskammer für diejenigen, die nicht Teil einer betrieblichen Altersversorgung sein können (z.B. Selbständige, abhängig Beschäftigte mit häufigem Branchen/Arbeitgeberwechsel).

Ein Beispiel für eine bereits existierende staatlich kontrollierte Versorgungskammer für Beschäftigtengruppen, die häufig die Arbeitgeber*innen wechseln (müssen), ist die Versorgungskammer der Deutschen Bühnen, angesiedelt bei der Bayerischen Versorgungskammer.

3. Wie kann das finanziert werden?

- a) Eigentum verpflichtet: Deshalb müssen Arbeitgeber*innen künftig stärker in die Rentenversicherung einzahlen als Arbeitnehmer*innen .
- b) Der Solidaritätszuschlag könnte dahingehend reformiert werden, dass dieser künftig nur noch für Spitzenverdienste gilt (z.B. ab einem Jahresbrutto von 60.000 Euro) und unmittelbar in die Grundrente fließt.
- c) Anknüpfungspunkt für Sozialabgaben sollen zukünftig nicht nur Arbeitnehmer*innen sein. Dieser Betrachtungswinkel muss im Zuge der zunehmenden Technisierung auch auf Maschinen, Vermögen und Unternehmensgewinne erweitert werden.
- d) Weitere Finanzierungsideen werden folgen.

4. Welche Auswirkungen auf die Marktwirtschaft wären zu erwarten?

Diese wichtige Frage wird unter anderem geklärt, wenn weitere Details des Konzepts, wie z.B. Personenkreise, Berechnungsmodelle etc. ausgearbeitet sind.

Wir sind uns darüber bewusst, dass diese Form der Alterssicherung gerade bei Finanzstarken als ungerecht empfunden wird. Jedoch kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Begriff „Gerechtigkeit“ gerade in der sozialen Debatte nicht zielführend ist. Gerechtigkeit ist ein sehr individueller Begriff, der stark mit den persönlichen Umständen und denen des Umfelds verknüpft ist. Wir werben hiermit dafür, zukünftig und innerhalb der Partei stärker den Begriff der **Solidarität** zu verwenden.

Bürgerversicherung

Die Anzeichen einer 2-Klassen-Medizin werden immer deutlicher. Nicht nur, dass viele Privatpatient*innen, besonders in Facharztpraxen, frühere Termine bekommen. Sondern auch im Umfang der Kostenübernahme, gerade im Hinblick auf Krankenhausbehandlung, Unterbringung etc. steuern wir auf eine starke Ungleichbehandlung nach dem Motto „Wer hat, der kann“ zu. Dieser wollen wir mit einem solidarischen Krankenversicherungssystem entgegenwirken, in dem jeder denselben Zugang zu medizinischer Versorgung hat. Folgende Eckpunkte werden wir zum Maßstab nehmen.

1. Finanzierung

- a) Die GKV wird für alle verpflichtend. Im Zuge der Familienversicherung muss die Kindergesundheit steuerfinanziert werden, da dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Hierfür ist ein Steuerzuschuss aus Bundesmitteln notwendig.
- b) Künftig werden alle Einkünfte beitragspflichtig (Mieteinnahmen, Kapitalerträge, Honorare etc.)
- c) Die Beitragsbemessungsgrenze entfällt.
- d) Sonderregelungen für Selbständige/Freiberufler*innen
- e) Zukünftig zahlen Selbständige ausschließlich aufgrund Ihres Arbeitseinkommens und nicht mit einem fiktiven Betrag als Grundlage.

2. Leistungsumfang

1 a) Sachleistungen bei Krankheit (Arztkosten etc.)

2 Grundsätzlich muss der Umfang vom Gesetzgeber bestimmt werden. Der Umfang der
3 medizinischen Grundversorgung sollte ein Niveau haben, der eine Zwei-Klassen Medizin
4 durch private Zusatzversicherungen verhindert (ggf. durch gesetzliche Regulierung).
5 Angleichung der Honorare. Zusätzlich dürfen Leistungen, die dem gesetzlichen Umfang
6 entsprechen, nicht höher abgerechnet werden als der Gesetzgeber es vorsieht.
7

8 b) Entgeltersatzleistungen (z.B. Krankengeld)

9 Ähnlich zum Rentensystem muss die Leistungshöhe gedeckelt werden.
10

11 c) Arzneimittel

12 Der Mehrwertsteuersatz für Medikamente muss deutlich gesenkt werden bzw.
13 entfallen. Ebenfalls müssen Preislimits für Medikamente ab Hersteller eingeführt
14 werden.
15

16 Über diese Eckpunkte hinaus werden folgende Punkte ebenfalls in die Diskussionen mit
17 einfließen:

- 18 - Versorgung auf dem Land
- 19 - Notwendigkeit von Operationen
- 20 - Vorhalten von öffentlichen Krankenhäusern um eine großflächige Versorgung
- 21 gewährleisten zu können.
22

23 **Weitere Themen**

24 Neben den großen Themen **Rente** und **Bürgerversicherung** gibt es weitere Themen, die aus
25 unserer Sicht eine Diskussion bzw. Korrektur erfordern und sich ebenfalls aus dem World Café
26 ergeben haben. Hiermit werden wir uns auseinandersetzen, wenn die beiden großen Themen
27 beendet sind.
28

- 29 - Arbeitslosengeld II
- 30 - Bedingungsloses Grundeinkommen
- 31 - Aufarbeitung der Agenda 2010 unter Einbeziehung der Basis
- 32 - Der Niedriglohnsektor sowie Leiharbeit müssen eingedämmt werden.
- 33 - Sozialer Arbeitsmarkt
- 34 - Europäisches Sozialsystem als „großes Ziel des Jahrhunderts“
35

36 Weiterhin freuen wir uns über jeden, der in unsere Runde kommen möchte. Wir können nur
37 viele Betrachtungswinkel abdecken, wenn wir viele sind. Bei Fragen stehen wir euch gerne zur
38 Verfügung.
39
40

Antragsteller: OV Flingern

Adressat: UB-Vorstand

DIE SPD ERNEUERN HEIßT EINE KONSEQUENTE POLITIK FÜR SOZIALE SICHERHEIT MACHEN

Der UB-Parteitag möge beschließen:

Die SPD befindet sich in einer der schwierigsten Situationen ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte. Es besteht die Gefahr, dass es ihr ähnlich ergeht, wie vielen europäischen Schwesterparteien. Die ehemals stolzen und mächtigen sozialdemokratischen Parteien in Frankreich, den Niederlanden und Griechenland drohen derzeit in der völligen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die sozialdemokratischen Parteien in Spanien, Österreich oder den nordeuropäischen Ländern haben ihre jahrzehntelange politische Führungsrolle verloren. Fast die gesamte europäische Sozialdemokratie steckt in einer Glaubwürdigkeits- und Überlebenskrise. Nur in Portugal und in Großbritannien haben es die dortigen Parteien geschafft, wieder mehrheitsfähig zu werden – durch einen klaren Bruch mit der bisherigen Politik.

Das stellt auch die SPD vor die Frage, welchen Weg sie gehen will: Weiter wie bisher mit Kurs auf die absehbare Bedeutungslosigkeit oder wagt sie die Kehrtwende für eine andere Politik, eine entschlossene Erneuerung ihrer Programmatik, ihrer Strukturen und ihres Personals.

Das zentrale Problem der SPD ist der Verlust an Glaubwürdigkeit bei vielen unserer früheren Wählerinnen und Wähler. Sozialdemokratische Kernwerte wurden aufgegeben für einen Platz in der vermeintlichen „politischen Mitte“. Das Wort der SPD gilt nur noch wenig. Unser politisches Handeln lässt nicht mehr erkennen, für wen wir Politik machen, wessen Interessen wir vertreten, im Gegenteil. Viele Menschen verbinden mit der SPD den Einschnitt in bewährte Systeme der sozialen Sicherheit und die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Regeln in fast allen Bereichen der Gesellschaft. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden verantwortlich oder zumindest mitverantwortlich gemacht für

- die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit der Entstehung eines Niedriglohnsektors von schlecht bezahlten und schlecht geschützten Arbeitsverhältnissen,
- die Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung und das Zurückfahren von Leistungen für Kranke,
- das Absenken des Rentenniveaus, die Einführung der Rente mit 67,
- die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge und vor allem
- die Einschnitte bei der Absicherung des Risikos von Arbeitslosigkeit durch die Einführung von Hartz IV.

Gleichzeitig wurden Reiche und Superreiche steuerlich entlastet. Unter sozialdemokratischer Verantwortung oder Mitverantwortung hat die soziale Unsicherheit und Ungleichheit in der Vergangenheit zugenommen.

1 Nur durch einen erkennbaren und glaubwürdigen Kurswechsel können wir die SPD retten. Dazu
2 gehört, mit der Logik neoliberaler Politik konsequent zu brechen und grundlegende
3 Alternativen zum vermeintlich herrschenden Konsens zu formulieren. Dazu gehört, die
4 Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme und die Deregulierungen des Arbeits- und
5 Wohnungsmarktes rückgängig zu machen. Wir treten dafür ein, dass die SPD wieder als
6 Garantin der sozialen Sicherheit in Deutschland wahrgenommen wird.

7 Als SPD Düsseldorf bekennen wir uns dabei zu folgenden Eckpunkten:

- 8
9 1. Wir werden den Niedriglohnsektor einschränken und prekäre Arbeitsverhältnisse
10 konsequent zurückdrängen. Das unbefristete und sozialversicherungspflichtige
11 Beschäftigungsverhältnis muss wieder zur Normalität auf dem Arbeitsmarkt werden. Dazu
12 gehört ein auskömmlicher Mindestlohn, den wir zunächst auf 12,50 Euro pro Stunde
13 anheben wollen.
- 14 2. Die Herausforderungen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt wollen wir durch
15 solidarische Formen der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitverteilung gestalten, ohne dass es zu
16 Lohneinbußen kommt. Wir werden die gesetzlichen Bedingungen zur
17 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen deutlich verbessern. Durch den Ausbau eines
18 öffentlichen Arbeitsmarktes werden wir gesellschaftlich nützliche Arbeit für Menschen mit
19 Vermittlungshemmnissen schaffen.
- 20 3. Wir sind für die Abschaffung der Zweiklassenmedizin und treten für eine echte
21 Bürgerversicherung ein, in der alle Menschen pflichtversichert sind und entsprechend der
22 Höhe ihres Einkommens einzahlen.
- 23 4. Die Rentenversicherung muss wieder zur zentralen Säule der Alterssicherung werden. Dazu
24 werden wir das Rentenniveau deutlich über 50 Prozent des
25 Durchschnittsarbeitseinkommens anheben.
- 26 5. Wir wollen die Logik der privatwirtschaftlichen Rendite des Wohnungsmarktes
27 durchbrechen. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Daher werden wir den
28 gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt massiv ausbauen. Durch eine neue
29 Wohnungsgemeinnützigkeit sollen jährlich 200.000 bezahlbare „Sozialwohnungen“ mit
30 dauerhafter Mietpreisbindung entstehen.
- 31 6. Die Politik der sogenannten „Schwarzen Null“ ist neoliberale Ideologie. Wir treten für
32 steuerfinanzierte öffentliche Investitionen zur Modernisierung und für den Ausbau der
33 Infrastruktur und der öffentlichen Einrichtungen in Deutschland und in Europa ein.
- 34 7. Vermögen und Einkommen in Deutschland sind extrem ungleich verteilt. Die SPD wird durch
35 die Einführung der Vermögenssteuer, eine stärkere Besteuerung von Erbschaften und einen
36 höheren Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener sowie die konsequente Verfolgung von
37 Steuerflucht und die Abschaffung von Steuerdumping wieder Gerechtigkeit im Steuersystem
38 herstellen. Dazu werden wir zunächst entsprechende gesetzliche Regelungen in Deutschland
39 schaffen, die wir auf die europäische Ebene ausdehnen wollen.
- 40 8. Auf allen politischen Ebenen, auf denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
41 Verantwortung tragen, werden wir uns konsequent gegen die Veräußerung von öffentlichem
42 Eigentum bzw. Einschränkungen von öffentlichen Einflussmöglichkeiten wenden. Wir treten
43 für die Rücküberführung von schon veräußertem öffentlichen Eigentum in öffentliche
44 Verantwortung ein.

- 1 9. Leitschnur unseres politischen Handelns in allen gesellschaftlichen Bereichen und
2 Alleinstellungsmerkmal der SPD ist die konsequente Gemeinwohlorientierung, die wir als
3 Alternative zum Egoismus und zur Konkurrenzlogik des Neoliberalismus in den Mittelpunkt
4 unserer Politik stellen. Die SPD ist die neue Sozialstaatspartei einer neuen
5 Gemeinwohlorientierung und Verteilungsgerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft.
- 6 10. Sagen, was man tut und tun, was man sagt – diesen Grundsatz hat die SPD in der
7 Vergangenheit zu oft verletzt. Daher ist die inhaltliche Erneuerung für uns untrennbar
8 verbunden mit der Veränderung unserer Entscheidungsstrukturen und dem Wechsel der
9 Führungspersonen. Wir wollen mehr parteiinterne Demokratie wagen, konstruktiven
10 Debatten und den Wettbewerb um die besten Köpfe fördern und gemeinsam die
11 konsequente Umsetzung unserer Beschlüsse in Regierungshandeln auf allen Ebenen
12 verfolgen. Dafür brauchen wir Genossinnen und Genossen in Führungsverantwortung und in
13 Mandaten, die sich konsequent gegen eine Beschneidung der sozialen Sicherungssysteme
14 und öffentlicher Einflussmöglichkeiten, gegen die Deregulierung von Leistungen der
15 Daseinsvorsorge oder die Veräußerung von öffentlichem Eigentum wenden. Nur solche
16 Personen, die glaubwürdig für eine neue Gemeinwohlorientierung auf allen politischen
17 Ebenen und in allen Themenfeldern eintreten, werden wir für Führungsaufgaben oder
18 Mandate wählen bzw. aufstellen.

Antrag A4

nach Änderung **angenommen**; s. Protokoll, S. 3

Antragsteller: OV Stadtbezirk 7

Adressat: UB-Vorstand

„GEGENWART UND ZUKUNFT DER ARBEIT“

Habe ich Arbeit? Wie kann ich (wieder) Arbeit bekommen? Welche Arbeitsbedingungen habe ich? Wie wird meine Arbeit bezahlt? Welche Sicherheit habe ich, um mein Leben zu planen? Wovon muss/kann ich im Alter leben? Diese existenziellen Fragen zeigen: Nur wenige andere Themen prägen die Situation der Menschen so sehr wie das **Thema Arbeit**.

Das Thema „Gegenwart und Zukunft der Arbeit“ ist darum immer schon zentral für sozialdemokratische Politik. In diesem Themenfeld fordern aktuell eine ganze Reihe von Fragestellungen eine vertiefte Diskussion und auch eine klare Positionierung.

Die SPD Düsseldorf wird sich darum in den kommenden Monaten gemeinsam mit interessierten Gruppen aus der Zivilgesellschaft vertieft mit diesen Fragen befassen und eine Positionsbestimmung vornehmen. Der Unterbezirksparteitag lädt alle Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise sowie die Mandatsträger*innen ein, sich an diesem Arbeitsprozess aktiv zu beteiligen und dabei die besonderen Problem- und Fragestellungen aus ihrem Aufgabenbereich einzubringen.

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der UB-Parteitag beauftragt den UB-Vorstand, eine **Arbeitsgruppe „Gegenwart und Zukunft der Arbeit“** einzurichten. Sie hat den Auftrag, bis zu einem **Schwerpunkt-Parteitag im Herbst 2019** diese Positionsbestimmung vorzubereiten. Auf der Strecke dahin soll eine breite innerparteiliche Meinungsbildung erfolgen. In öffentlichen Veranstaltungen soll der Diskurs mit der Düsseldorfer Zivilgesellschaft über dieses Thema geführt werden. In die Arbeitsgruppe sollen auch Externe einbezogen werden, insbesondere Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen.

Der UBV wird weiter beauftragt, auf Landes- und Bundesebene die Einrichtung vergleichbarer Arbeitsgruppen zu beantragen.

Begründung:

In den Wahlkämpfen der letzten Jahre und ganz aktuell bei den internen und öffentlichen Diskussionen über #GroKo vs. #noGroKo ist immer wieder deutlich geworden, dass die **Agenda 2010** auch nach 14 Jahren weiterhin das Bild der SPD in der Öffentlichkeit und insbesondere bei den betroffenen Wähler*innen prägt. In der Partei gab und gibt es unterschiedliche Positionen zu der Frage, ob die Agenda 2010 anfänglich ein richtiger oder aber von vornherein ein falscher Weg war, ob und wann es grundlegender Korrekturen bedurft hätte und wie die Partei sich heute zur Agenda 2010 stellen sollte. Für die Erneuerung der SPD ist es unverzichtbar, dass sie sich zumindest zu den Folgen der Agenda 2010 (prekäre Arbeitsverhältnisse, insb. Leih- und Zeitarbeit, soziale Abstiegsgefahr, Sanktionen bei Hartz IV) positioniert, um bei den betroffenen Wähler*innen wieder Glaubwürdigkeit gewinnen zu können.

Gleichzeitig wird – insbesondere unter dem **Stichwort „Digitalisierung“** - eine Diskussion über die zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Arbeit geführt. Sie knüpft an die seit den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts unter dem Titel „Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?“ geführten Debatte an. Aktuell wird mit Blick auf die rasant voranschreitende Digitalisierung immer weiterer Bereiche der Arbeitswelt – je nach Standpunkt in schwarzen oder goldenen Farben – ein Bild einer gesellschaftlichen Zukunft gemalt, in der die Erwerbsarbeit massiv an Bedeutung verliert. Neu ist die Befürchtung, dass jetzt großflächig Berufsbilder verschwinden bzw. radikal verändert werden könnten.

Diese Perspektiven fordern die SPD als **„Partei der Arbeit“** in besonderer Weise. Wir sind dringend gefordert, diesen Prozess zu gestalten. Die **Stichworte „Humanisierung der Arbeitswelt“, „Arbeitszeitverkürzung“, „Kampf gegen Arbeitsverdichtung“ und „Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Schultern“**, für die die Gewerkschaften, aber auch wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen seit vielen Jahren stehen, gewinnen damit weiter an Bedeutung.

Schließlich ist mit beiden Fragen ein dritter Komplex eng verbunden: Selbsthilfegruppen von Hartz-IV-Bezieher*innen, Teile der Linken und der Grünen, aber auch Vertreter*innen der Arbeitgeber*innen bzw. des Kapitals führen seit einigen Jahren eine Debatte über das sogenannte **„Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)“**. Die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein hat einen örtlich begrenzten Testlauf für ein BGE verabredet, das Thema ist auch hochrangig in den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen auf Bundesebene besprochen worden. Diese Idee einer Zusammenfassung der staatlichen und sozialversicherungsrechtlichen Transferleistungen zu einer allen zustehenden monatlichen Geldleistung, die die Menschen von Erwerbsarbeit unabhängig und den Druck des globalisierten Arbeitsmarktes für die Betroffenen erträglicher machen sollen, fasziniert auch manche Sozialdemokrat*innen. Andere lehnen diese Idee grundsätzlich ab, sprechen etwa von einer **„Stilllegungsprämie für Menschen“**. Als vermittelnde Position wird von wieder anderen ein **„Solidarisches Grundeinkommen“** vorgeschlagen. Die SPD als Ganzes hat sich an dieser Debatte in den vergangenen Jahren nicht offensiv beteiligt. Im Ergebnis droht hier eine Entwicklung an uns vorbei zu laufen. Eine klare Positionierung und danach eine aktive Rolle in dieser Debatte sind für die SPD daher unverzichtbar. Alle drei Themen fordern die SPD auch zu einer Überprüfung ihrer grundsätzlichen Position heraus: Das Programm der SPD und ihre Grundwerte sind traditionell von einem Menschenbild geprägt, in dem Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle spielt. Die Würde der/des Einzelnen haben wir immer auch darüber definiert, dass sie/er in die Lage versetzt wurde, autonom zu handeln und für ihren/seinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Die solidarischen Systeme der sozialen Sicherung sollten diejenigen absichern, die etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität dazu nicht in der Lage waren. Teilweise wird diese Position in der Partei heute unverändert hochgehalten, teilweise wird sie als antiquiert abgelehnt. Zur Selbstversicherung im Rahmen des Erneuerungsprozesses gehört darum untrennbar auch eine Beschäftigung mit dem Menschenbild der SPD und mit den daraus abgeleiteten Grundwerten.

Antragsteller: Arbeitsgruppe "Liegt der Fehler im System?"

Adressat: Bundesparteitag, Bundesvorstand

KRANKENVERSICHERUNGSSITUATION VON FREIBERUFLER*INNEN, KLEINUNTERNEHMER*INNEN UND CLICKWORKERN VERBESSERN

Der Parteitag möge beschließen:

Freiberufler*innen, Kleinunternehmer*innen und so genannte Click- und Crowdworker sind im Hinblick auf soziale Absicherung unterversichert. Langfristig ist die von der SPD geforderte Bürgerversicherung unter Hinzunahme bisher unberücksichtigter Einkommensarten anzustreben. Bis dahin sind jedoch kurzfristig folgende Maßnahmen geboten:

- **Die Berechnung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse für freiwillig versicherte Freiberufler nach der Bezugsgröße wird umgehend ausgesetzt. Stattdessen wird ein Berechnungsschlüssel eingeführt, der sich am tatsächlichen Einkommen orientiert.**
- **Es wird eine Freiberufler-Sozialkasse nach dem Modell der Künstlersozialkasse geschaffen bzw. wird die Künstlersozialkasse auf alle Freiberufler*innen mit Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze ausgeweitet.**
- **Es wird eine Freiberufler-Sozialabgabe nach dem Modell der Künstlersozialabgabe geschaffen. Bei auf Click- und Crowdworking-Plattformen vermittelten Aufträgen wird diese in Form eines pauschalierten Aufschlags auf den Rechnungsbetrag erhoben, der von der Plattform zu tragen ist und nur an den eigentlichen Auftraggeber weitergereicht werden kann, sofern es sich bei diesem um eine umsatzsteuerpflichtige juristische oder natürliche Person handelt.**

Begründung

Im Fokus sozialdemokratischer Politik sollten alle Menschen stehen, die ihr Einkommen vorrangig aus Arbeitseinkommen bestreiten, ganz gleich in welcher Form diese Arbeit ausgeübt wird. Daher ist es geboten, auch für die Situation von Freiberuflern, Kleinunternehmern und Crowd- und Clickworkern Sorge zu tragen, deren Lage häufig prekär ist. Die derzeitige Form der sozialen Absicherung dieser Gruppen entspricht nicht deren Lebensrealitäten. In der Folge sind Viele gar nicht oder unterversichert. Eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung bisher unberücksichtigter Einkommensgruppen und Einkommensarten kann dieses Problem beheben. Bis dahin ist aber die Situation dieser Personengruppen dringend zu verbessern. Viele Freie mit niedrigen Einkommen können ihrer Pflicht zur Krankenversicherung gar nicht nachkommen. Ursache sind völlig unrealistische Annahmen bei der Berechnung von Beiträgen zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung in gesetzlichen Kassen. Der Mindestbeitrag geht von einem monatlichen Einkommen (=Gewinn) von ca. 2300 € aus (jährlich neu anhand der Bezugsgröße ermittelt) und liegt damit weit über dem tatsächlichen Einkommen vieler Betroffener, so dass diese oft 20-30 % ihres Einkommens an die Krankenkasse zahlen. Eine leistbare Belastung müsste sich am tatsächlichen Einkommen orientieren.

1 Neben Anbietern, die sich selbst versichern müssen, gibt es auch solche, die bereits anderweitig
2 krankenversichert sind, z. B. durch einen Hauptberuf oder als mitversicherte Ehegatten. Diese
3 Marktverzerrung würde durch eine verpflichtende Freiberufler-Sozialabgabe gemildert. Die
4 Abgabe kann nach dem Vorbild der Künstlersozialabgabe von allen Auftraggebern erhoben
5 werden, die regelmäßig Aufträge an Freiberufler geben. Sie soll den Versicherten
6 zugutekommen, indem sie über eine Freiberufler-Sozialkasse als Arbeitgeberbeitrag in die
7 Versicherung einfließt.
8 Bei digitalen Plattformen, die als Vermittler auftreten, besteht dringender Handlungsbedarf.
9 Diese (und die eigentlichen Auftraggeber) wälzen die Verantwortung für die Absicherung auf
10 die Auftragnehmer ab. Eine Pflichtabgabe hätte eine marktkorrigierende Wirkung und würde
11 gleichzeitig die Lage vieler Click- und Crowdworker verbessern.

Absender: Arbeitsgruppe „Liegt der Fehler im System“
Empfänger: Bundesparteitag, Bundesvorstand

ZUSCHLAG ZUR ARBEITSLOSENVERSICHERUNG BEI PREKÄRER BESCHÄFTIGUNG

Die Befristung von Arbeitsverträgen sorgt bei Menschen allen Alters für Zukunftssorgen. Hierbei ist es unerheblich, aus welchen Gründen diese Beschäftigungen befristet sind. So können insbesondere junge Menschen, die gerade nach der Ausbildung ins Berufsleben starten, keine langfristigen Verpflichtungen aufnehmen, um z.B. eine eigene Wohnung zu mieten und einzurichten, einen Neuwagen kaufen oder eine Familie zu gründen.

Es ist erklärtes Ziel der SPD, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Dies ist eine gute und gerechte Notwendigkeit. Allerdings bleiben diejenigen, die mit einem Sachgrund befristet sind, auf der Strecke.

Für viele Arbeitgeber*innen ist die Befristung aus Gründen mittlerweile ein bewährtes Mittel, um Druck auf die Arbeitnehmerschaft auszuüben, Personalkosten nur mittelfristig planen zu müssen und zu senken, Risiken zu minimieren, und Kündigungsschutz zu umgehen. Um ihrer historischen Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gerecht zu werden, muss es für die SPD Ziel sein, die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen einzudämmen und zu bekämpfen.

Der Bundesparteitag möge daher folgendes beschließen:

Die SPD spricht sich dafür aus, die Arbeitgeber*innen von befristeten Beschäftigten mehr in die Pflicht zu nehmen. Für die aktuelle Legislaturperiode möge sich die Bundestagsfraktion hierfür einsetzen. Sollte innerhalb dieser Zeit keine deutliche Verbesserung erzielt werden, wird dies ein zentraler Bestandteil des Regierungsprogramms für 2021.

- ➔ Bei befristeten Beschäftigungen wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1% gegenüber unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen, erhöht. Diese Differenz gilt als Zusatzbeitrag für Arbeitgeber*innen.
- ➔ Der Zusatzbeitrag ist im Falle des Leistungsanspruches direkt an den Arbeitnehmer*innen weiterzugeben. Dies sollte in Form einer Leistungsverlängerung gegenüber den aus unbefristeter Beschäftigung kommenden Leistungsempfänger*innen bestehen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Absender: AfA

Empfänger: SPD Landtagsfraktion NRW, SPD Bundestagsfraktion
sozialdemokratische Mandatsträger/-innen in VKA und KAV

GESUNDHEIT

Die SPD gehört an die Seite der Kolleg*innen in den Krankenhäusern. Das Vertrauen der Beschäftigten in den Krankenhäusern, der Patient*innen und ihrer Familien muss wiedergewonnen werden.

Deshalb möge der SPD Unterbezirksparteitag beschließen:

- Die SPD und ihre Mandatsträger*innen stellen sich an die Seite der Kolleg*innen im Gesundheitswesen.
- Die SPD Landtagsfraktionen fordern die jeweiligen Landesregierungen auf, die notwendigen Mittel für die zusätzliche Finanzierung der fehlenden rd. 162.000 Stellen (bundesweit) an den Krankenhäusern bereit zu stellen. Die SPD-Landtagsfraktion fordern die Landesregierungen auf, mit der Gewerkschaft ver.di dazu umgehend Verhandlungen zu einem Tarifvertrag Entlastung für die Krankenhäuser in ihrem Verantwortungsbereich aufzunehmen.
- Die sozialdemokratische Mandatsträger*innen im kommunalen Arbeitgeberverband auf Bundesebene (VKA) werden aufgefordert für die in den kommunalen Krankenhäusern beschäftigte Ärzteschaft, Pflegekräfte und weitere Berufsgruppen Tarifverhandlungen für den Tarifvertrag »Entlastung« mit ver.di aufgenommen werden.
- Die sozialdemokratischen Mandatsträger*innen im Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalens (KAV Nordrhein-Westfalen) - Verbandsgruppe »Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen« - treten dafür ein, dass die KAV NRW analog zum Bund in Tarifverhandlungen für den Tarifvertrag „Entlastung“ mit ver.di aufnimmt.
- Die SPD-Landtagsfraktionen fordert die Landesregierungen auf umgehend genügend Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen um den Investitionsstau in den Krankenhäusern zu beseitigen. Die zusätzlichen Haushaltsmittel sollen nicht durch die Kommunen mitfinanziert werden.
- Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, für die Aufhebung der Kostensenkungsmaßnahmen und -gesetze, wie DRG, einzutreten, um Schluss zu machen mit der Unterfinanzierung der Krankenhäuser, des Personals durch die Kassen und der Investitionen durch die Landesregierungen.
- Zur Finanzierung muss es einen konsequenten Bruch mit der Schuldenbremse geben.
- Die SPD-Landtagsfraktionen setzt sich für die Widereingliederung ausgegliederter Betriebsteile in Universitätskliniken ein.

1

2 Begründung:

3

4 „Nach Berechnungen der Gewerkschaft fehlen allein in NRW 35.000 Stellen (VK). Das ist jeder 5.

5 Arbeitsplatz im Krankenhaus.“ Schreibt die Gewerkschaft Ver.di in ihrem „Nordrhein-

6 Westfälischen Appell für mehr Krankenhauspersonal“. Auch in anderen Bundesländern gab es

7 Appelle in diesem Sinne.

8

9 Die Kolleginnen und Kollegen der Krankenhäuser weisen seit ca. einem Jahr überall in

10 Deutschland auf ihre Situation hingewiesen. Sie kämpfen mit ihrer Gewerkschaft ver.di für

11 einen Tarifvertrag Entlastung, denn der katastrophale Personalnotstand führt zu untragbaren

12 Arbeitsbedingungen und lässt keine Garantie auf qualifizierte Gesundheitsversorgung mehr zu.

13

14 Bundesweit beteiligen sich Krankenhäuser an den Streiks, viele Kolleg*innen kämpfen

15 gleichzeitig für Wiedereingliederung ausgegründeter Klinikteile, die so z. B. die Unikliniken

16 Düsseldorf und Essen.

17

18 Die zusätzliche Finanzierung der fehlenden Stellen (VK) darf keinesfalls auf Kosten der

19 Finanzierung für die Investitionen gehen. Die politische Verantwortung für die Finanzierung

20 liegt bei der Landesregierung. Wenn die Landesregierung die Finanzierung nicht allein tragen

21 kann, ist es ihre Verantwortung, die Finanzierung beim Bund einzufordern.

22

23 Der jährliche Investitionsbedarf zum Beispiel an den Nordrhein-Westfälischen Krankenhäusern

24 beträgt jährlich 1,5 Mrd. Euro (500 Mio. investiert das Land jährlich). „Der Investitionsstau

25 nimmt weiter zu. 12,5 Milliarden Euro wurden in den vergangenen Jahren zu wenig in die NRW-

26 Kliniken investiert. Die NRW-Kliniken verlieren Jahr für Jahr an Substanz, solange die

27 Förderlücke nicht geschlossen wird.“ (RWI 2014). Die Maßnahmen der jetzigen Landesregierung

28 sind völlig unzureichend, vor allem da sie mit einer kommunalen Beteiligung verbunden sind.

29

30 Es entspricht dem staatlichen Auftrag und der Verpflichtung der Landesregierung, eine

31 qualifizierte Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern zu garantieren.

32

33 In ihren Wahlprogrammen kündigt die SPD immer wieder den Kampf gegen prekäre

34 Arbeitsverhältnisse an. Dem widerspricht die Entscheidung Betriebsteile wie an den NRW

35 Universitätskliniken auszugliedern, wodurch die dort Beschäftigten mehrere hundert Euro

36 weniger verdienen, als diejenigen, die bei den Uni-Kliniken selbst arbeiten.

37

38 Die Kolleg*innen in den Krankenhäusern haben nicht vergessen, dass die Lösung ihrer Probleme

39 auch von den SPD-geführten Landesregierungen und der SPD-Bundestagsfraktion nicht

angegangen wurden, ja zum Teil verweigert wurden. Hier muss es einen sofortigen Kurswechsel

geben!

Antrag A8

überwiesen an UBA; s. Protokoll, S. 9

Absender: AfA

Empfänger: SPD Landtagsfraktionen, SPD Bundestagsfraktion, SPD Landesparteitag

PERSONENKONTROLLE AM FLUGHAFEN

Die Personenkontrolle an den Flughäfen gehört in die öffentliche Hand!

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sofort die Initiative zu ergreifen die Fluggastkontrolle wieder in die Bundespolizei einzugliedern.
- Die SPD Bundestags- und Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass all die Kolleg*innen, die in den privaten Sicherheitsunternehmen, die die Aufgaben bisher durchführen, beschäftigt sind, sollen in den öffentlichen Dienst übernommen werden.
- Die Landtagsfraktionen werden aufgefordert dies durch Initiativen in Landtagen zu unterstützen.

Begründung:

Seit Mitte der 90er Jahre wird, die eigentlich hoheitliche Aufgabe der Personenkontrolle an Flughäfen von der Bundespolizei an private Sicherheitsunternehmen vergeben.

Es herrschte im letzten Jahr eine drastische personelle Unterdeckung beim Personal bei der Fluggastkontrolle an den Nordrhein-Westfälischen Flughäfen. Am Beispiel des Düsseldorfer Flughafens wurde als Grund angegeben, dass die dort beschäftigte Firma Kötter nicht soviel Personal zur Verfügung stellt, wie die Bundespolizei als Auftraggeber bestellt hat.

Die notwendigen Kapazitäten hätte bekannt sein müssen. Der Flughafen hat für dieses Jahr neue Fluggastrekorde angekündigt, für deren Abfertigung man natürlich auch mehr Personal braucht. Die Situation ist auch nicht das erste Mal aufgetreten. 2015 gab es in Düsseldorf und Köln die gleiche Situation.

Für 2018 hat der Flughafenbetreiber 3% mehr Fluggäste angekündigt.

Die Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf arbeiten an der Schmerzgrenze, was in einem so sicherheitsrelevanten Bereich zur Gefährdung von Menschenleben führen kann.

Die Kolleginnen und Kollegen sind ausgelaugt, der Krankenstand liegt bei 20%. Es gibt mehr 150 Überlastungsanzeigen. Diese Situation ist auch an anderen Flughäfen ähnlich.

Die Sicherheitsunternehmen erhöhen ihre Gewinnmarge dadurch, dass sie die dort beschäftigten Kolleg*innen bis zum Umfallen arbeiten lassen. Deren Profite steigen natürlich je weniger Personal sie für die übertragenen Aufgaben einsetzen.

Das Beispiel Düsseldorf ist nur eines von vielen. An fast allen deutschen Flughäfen herrscht eine solche Situation. In Köln verlor in diesem Jahr die private Sicherheitsfirma den Auftrag, weil sie bei notwendigen Schulungen, die von der Bundespolizei gefordert werden, betrogen hat.

- 1 Um diese Situation zu beenden muss die Personenkontrolle wieder in die öffentliche Hand. Die
- 2 gut ausgebildeten und erfahrenen Kolleg*innen der privaten Sicherheitsunternehmen sollen in
- 3 den Öffentlichen Dienst übernommen werden.
- 4

Antrag A9

angenommen; Beauftragung des UBV; s. Protokoll, S. 4

Absender: Arbeitsgruppe „Wie willst Du leben?“

Empfänger: SPD Düsseldorf, NRWSPD, Bundes-SPD

DIGITALER WANDEL – DIE 4. INDUSTRIELLE REVOLUTION GESTALTEN

Der Parteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

Die Sozialdemokratie hat seit jeher industriellen und kulturellen Wandel gestaltet. Doch den Entwicklungen des aktuellen industriellen Wandels und den damit verbundenen Auswirkungen laufen wir hinterher. Diese Entwicklung verursacht Unsicherheit und Unklarheit bei den BürgerInnen darüber hervor, wie sich die Arbeitswelt und die Gesellschaft verändern und wie wir uns auf diese Entwicklungen vorbereiten können.

Deshalb muss die SPD wieder als Gestalterin der gesellschaftlichen Zukunft wahrgenommen und somit auch wieder zur Schutzmacht derjenigen werden, die von diesen industriellen Entwicklungen bedroht sind. Heute, genauso wie vor über 100 Jahren. Gleichzeitig gilt es aber auch, Deutschland an der wirtschaftlichen Weltspitze zu halten.

Regierungsarbeit

Um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, muss der Bereich der Digitalisierung neu organisiert werden. Bundes- und Landesdigitalministerien sollen alle Kompetenzen bündeln und diese neu strukturieren. Dazu gehören auch Netzausbau und Monopolkontrolle.

Neue Technologien stellen auch an die Berufsausbildung neue Herausforderungen. Viele Berufe sind in ihrer aktuellen Form nicht mehr zukunftsfähig. Deshalb soll eine Kommission aus Bundesregierung, Arbeitnehmer- sowie Arbeitgebervertretern und Vertretern der Wissenschaft Berufsbilder und -felder identifizieren, die in ihrer aktuellen Form perspektivisch nicht mehr fortbestehen werden und diese in einem regelmäßigen Bericht veröffentlichen.

Freiräume für Innovationen schaffen

Um Deutschland in die digitale Zukunft zu bringen, reicht es nicht mehr aus, lediglich die Entwicklungen abzuwarten. Gesetze verhindern heute häufig die Entstehung von Innovationen, was im Kern an der Unklarheit darüber liegt, dass Gesetze Märkte schaffen können.

Pionier*innen brauchen Legalität. Versäumt die Politik hier aktive Gestaltung, könnte dies in Zukunft Milliardensubventionen in den Bereichen auslösen. Deshalb müssen Freiräume beispielsweise im Straßenverkehrsrecht, aber auch auf anderen Rechtsgebieten, geschaffen werden.

Gleichzeitig muss die Regierung Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb im Netz festlegen.

Stadt und Land in Einklang bringen

Dies wird in den letzten Jahren zwar proklamiert, jedoch wird der Unterschied zwischen Stadt und Land in vielen Bereichen immer eklatanter. Dies befeuert den aktuellen Reurbanisierungstrend dramatisch, worunter vor allem ökonomisch schwache Menschen und

1 Großstädten durch Gentrifizierung leiden. Die SPD muss auch für die Bürger*innen außerhalb
2 von Ballungsräumen eine Alternative sein. Deshalb muss das Engagement bei der Anbindung
3 der ländlichen Regionen an den digitalen Wandel deutlich verstärkt werden, was den
4 Netzausbau einschließt.

6 **Die Stadt der Zukunft entwerfen**

7 Gleichzeitig muss die SPD auch ihre Stärke in den Kommunen nutzen, um langfristig auch auf
8 Bundesebene wieder erfolgreich zu sein. Auch innerhalb von Ballungsgebieten muss der digitale
9 Wandel gestaltet, die „autonome Stadt“ entworfen werden. Mittel-und langfristig muss der
10 Straßenraum seinen Bürger*innen wieder zurückgegeben werden, der Individualverkehr ist in
11 der aktuellen Form nicht mehr zukunftsfähig.

12 Bundes- und Landesgesetze müssen Kommunen zu „digitalen Testlabors“ werden lassen, die
13 rechtliche Freiräume geben und somit auch attraktiv für Start-Ups aus aller Welt werden
14 können.

15
16 Diese Themen sind ein Ausschnitt, aber elementarer Bestandteil einer zukunftsweisenden,
17 innovativen, sozialdemokratischen Digitalisierungspolitik.

18
19 Der Unterbezirksvorstand (UBV) wird beauftragt, sich der Thematik anzunehmen.

20
21 *Begründung:*

22
23 Siehe oben. Ergänzungen erfolgen mündlich.

24 David Miga

Antrag A10

überwiesen an UBA; s. Protokoll, S. 9

Absender: Arbeitsgruppe „Wie willst Du leben?“

Empfänger: SPD Düsseldorf, Ratsfraktion

MEHR HUMANITÄT UND UNTERBRINGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR OBDACHLOSE

Beschluss:

Mehr Humanität und Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose

- ➔ max. 4er-Belegung von Zimmern
- ➔ Einstellung von Sicherheitspersonal
- ➔ Flexible Belegungen (bspw. Paare, Hunde) ermöglichen

Begründung:

Aufgrund diverser Gründe werden immer mehr Menschen obdachlos. Faktoren wie steigende Mieten, Arbeitsverlust und Abhängigkeit spielen hier eine gewichtige Rolle und führen zur Obdachlosigkeit. Der Sozialbericht NRW für das Jahr 2017 veranschaulicht, dass allein ein Anstieg von 13,2 Prozent vom Jahr 2015 zum Jahr 2016 auf 25.045 Menschen zu verzeichnen war. Dies ist eine Schande für uns und unser Land!

Wir brauchen mehr Unterbringungsmöglichkeiten zu Not auch Klappbettmöglichkeiten. Niemand darf ausgeschlossen werden, weil nicht ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen. Wir benötigen zudem Unterbringungsmöglichkeiten für Paare und Einzelräume für Obdachlose mit Tieren. Aus Angst vor Gewalt sollten Räume mit max. 4 Betten zur Verfügung stehen und eine Präsenz von Sicherheitspersonal gewährleistet werden.

Es ist wichtig und richtig, dass wir mit viel Engagement und Geld geflüchtete Menschen unterstützen! Wir dürfen aber nicht die Augen vor der bitteren Realität verschließen und es ist unsere Pflicht Obdachlose vor dem Erfrieren gerade in den Wintermonaten zu bewahren!

Evgenia Georgoulidou

2
3 Absender: Dimitri Georg

4 Empfänger: SPD Düsseldorf, Ratsfraktion

5
6
7 ***EINEN HÖHEREN MINDESTLOHN UM DIE WIRTSCHAFT UND***
8 ***DAS LEBEN DER BÜRGER ZU VERBESSERN.***
9

10 Wir fordern einen höheren Mindestlohn, in NRW und flächendeckend in ganz
11 Deutschland. Medien wie Tagesschau, Radiostationen und der DGB finden der deutsche
12 Mindestlohn ist nur Mittelmaß in Europa.

13
14 Um die soziale Schere vor allem in Düsseldorf zu schließen, fordern wir einen fairen
15 Mindestlohn von mindestens 9,50 Euro Brutto (Die DGB fordert 9,20 brutto) ab 2019.

- 16
17 - durch einen höheren Mindestlohn kurbeln wir die Binnenwirtschaft an
18 – weniger Belastung durch Ausgaben durch Ämter, da die Bürger*innen Rücklagen aufbauen
19 können
20 – Außenpolitisches Gleichgewicht gegenüber unseren europäischen Nachbarstaaten.
21 – 700000 Arbeitnehmer*innen die 2017 mit der DGB protestiert haben können wir für die SPD
22 zurückgewinnen
23 – Image von Düsseldorf verbessern, da bei der ZDF Sendung „ armes reiches Deutschland“
24 ein schlechtes Bild auf Düsseldorf geworfen wurde.

Antrag A12

überwiesen an UBA; s. Protokoll, S. 9

Absender: OV Stadtbezirk 7

Empfänger: Ratsfraktion

BEDARFSGERECHTER AUSBAU DER OGS - PLATZE

Der Unterbezirksparteitag bittet die Ratsfraktion sich zeitnah für den bedarfsgerechten Ausbau der OGS - Plätze an Düsseldorfer Grundschulen einzusetzen. In einem ersten Schritt soll in allen Stadtbezirken jeweils eine Versorgungsquote von 63 % erreicht werden.

Begründung:

Bereits im Kooperationsvertrag steht der bedarfsgerechte Ausbau der OGS-Plätze. Aus Kostengründen strebt die Verwaltung aber nur eine stadtweite Versorgungsquote von 63 % an. Diese Quote wird erreicht, allerdings sind die Plätze sehr unterschiedlich auf die Stadtteile verteilt. Im Schuljahr 2016/17 waren 591 Kinder auf der Warteliste.

Daraufhin wurden für das Schuljahr 2017/18 sieben neue Gruppen (etwa 175 Plätze) eingerichtet. Für das Haushaltsjahr 2018 wurden für den weiteren Ausbau der OGS keine finanziellen Mittel bereitgestellt.

Für viele Eltern wird der Übergang ihrer Kinder vom Kindergarten in die Grundschule von der Sorge begleitet, ob ihr Kinder auch zukünftig gut betreut werden und beide Eltern ihre Berufstätigkeit in gewohnten Umfang nachgehen können. Dies trifft gerade die Frauen im besonderen Maße, die nach gesellschaftlich gewünschter kurzer Elternzeit wieder in das Berufsleben zurückgekehrt sind und nun keine gesicherte Betreuung mehr haben.

Auch vor dem Hintergrund kein Kind zurück lassen und Bildungsgerechtigkeit ist eine ausreichende Versorgung mit Ganztagsplätzen in der Grundschule notwendig. Aufgrund der hohen Nachfrage nach OGS-Plätzen darf Düsseldorf mit dem weiteren Ausbau nicht warten, bis der Bund eine Rechtsanspruch einführt.

Antrag A13

erledigt durch Entscheidung des GF-Vorstands; s. Protokoll, S. 9

Antragsteller: Arbeitskreis EUROPA der SPD Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag, Unterbezirksvorstand

AUSRICHTUNG EINES PARTEITAGS ALS OFFENER PROGRAMMPARTEITAG ZUM THEMA „EUROPA“

**Ein Parteitag des SPD-Unterbezirks Düsseldorf im Jahr 2018 wird als offener
Programmparteitag zum Thema „Europa“ ausgerichtet.**

Begründung:

Die Europäische Union (EU) befindet sich in einer entscheidenden Situation, die es einerseits ermöglicht, die Bürgerinnen und Bürger für ein gemeinsames, solidarisches und zukunftsorientiertes Europa zu begeistern, die aber auch die bestehende Skepsis gegenüber der EU in eine längerfristige Ablehnung abgleiten lassen könnte. Letzteres könnte nicht nur zu nachhaltigen Wohlstandseinbußen der Bürgerinnen und Bürger führen; es droht auch ein weiteres Erstarken nationaler und nationalistischer Tendenzen, was den politischen Frieden in der EU bedrohen und ihren Einfluss in der internationalen Staatengemeinschaft schmälern würde. Angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sollte die SPD-Düsseldorf ein Zeichen setzen: Die Europäische Union und ihre Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen in der Gesellschaft konkreter verankert werden. Die SPD als europaorientierte Partei muss mehr Sitze im Europäischen Parlament anstreben, um dieses sozialdemokratisch zu prägen. Die dafür notwendigen Konzepte werden ausgearbeitet, indem sich das oberste Entscheidungsgremium im Unterbezirk (Parteitag) noch im Jahr 2018 auf das Thema „Europa“ konzentriert und dabei sowohl wesentliche Leitlinien zum Selbstverständnis der EU als auch konkrete Forderungen (z. B. Sport- und Kulturaustausch finanziell stärken; Fonds gegen Wohnungsnot etablieren) zur weiteren Entwicklung der Union formuliert.

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: SPD Bundestagsfraktion

SAUDI-ARABIEN

Der UB Parteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen, dass

die SPD Bundestagsfraktion die Bundesregierung auffordert:

- 1. Die strategische Partnerschaft mit Saudi-Arabien zu beenden,**
- 2. Sofort alle Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien zu stoppen,**
- 3. Den Militäreinsatz unter Führung Saudi-Arabiens im Jemen scharf zu verurteilen.**

Begründung:

Die deutsche Außenpolitik der letzten Jahre bezüglich Saudi-Arabien verfolgte offiziell das Ziel, den Einfluss auf Saudi-Arabien durch gute Beziehungen zu steigern und dadurch die Menschenrechtslage in dem Land zu verbessern. Außerdem wollte man durch gute Beziehungen einen mäßigenden Einfluss auf die saudischen Ambitionen im Nahen-Osten vor allem gegenüber dem saudischen Erzfeind und Langzeitrivalen Iran haben. Bestandteil dieser Außenpolitik war der Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit Saudi-Arabien, die auch den Export von deutschen Kriegswaffen nach Saudi-Arabien beinhaltete. Allein 2016 exportierte die Bundesrepublik Deutschland insgesamt Rüstungsgüter im Wert von 530 Millionen Euro nach Saudi-Arabien.

Betrachtet man die Entwicklungen in Saudi-Arabien und in der Region in den letzten Jahren kann man feststellen, dass die Strategie des mäßigenden Einfluss auf Saudi-Arabien durch gute Beziehungen grandios gescheitert ist.

Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien hat sich in keinsten Weise verbessert. Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie, in der es weder demokratische Strukturen noch politische Parteien gibt. Die einzigen wirklichen Machtfaktoren sind das Königshaus und der Klerus. Religiöse Minderheiten, wie die ca. 10% Schiiten in Saudi-Arabien werden massiv unterdrückt. Außerdem exportiert Saudi-Arabien massiv mit finanziellen Mitteln die eigene mit dem deutschen Grundgesetz nicht zu vereinbarende Version des Islam in Deutschland.

Die saudische Außenpolitik hat dazu beigetragen, dass die Situation im Nahen- Osten eskaliert ist. Saudi-Arabien finanziert radikal islamistische Rebellengruppen in Syrien, die nicht nur gegen die Regierung Assads, sondern auch gegen die wenigen gemäßigten Rebellengruppen vorgehen. Des Weiteren führt Saudi-Arabien einen Militäreinsatz im Jemen an der wenig Rücksicht auf die dort lebende Zivilbevölkerung nimmt. Angriffe auf Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen durch die saudische Luftwaffe im Jemen gehören leider seit Jahren zum Alltag und haben mit an der schlimmen humanitären Situation im Jemen beigetragen. Die Seeblockade durch saudische Schiffe gegen Jemenitische Häfen, die verhindert das dringend

1 benötigte Hilfslieferungen an die notleidende Zivilbevölkerung im Jemen gehen, offenbart die
2 perverse Kriegsstrategie Saudi-Arabiens im Jemen.

3
4 Daher darf sich die deutsche Politik nicht länger vor der Realität verschließen und muss seine
5 Außenpolitik bezüglich Saudi-Arabien ändern. Ein Land wie Saudi-Arabien kann nicht länger ein
6 strategischer Partner sein. Alle Waffenexporte nach Saudi-Arabien müssen umgehend gestoppt
7 werden, da Saudi-Arabien als Kriegspartei im Jemen aktiv ist und daher nicht ausgeschlossen
8 werden kann, dass deutsche Waffen gegen die Zivilbevölkerung im Jemen eingesetzt werden.
9 Wenn es nicht zu einem sofortigen Stopp aller Waffenexporte nach Saudi-Arabien kommt,
10 macht sich Deutschland sowohl aktiv und auch moralisch an Kriegsverbrechen im Jemen durch
11 Saudi-Arabien mitschuldig.

12
13 Außerdem, ist es dringend notwendig, dass die Bundesregierung offiziell den Saudischen
14 Militäreinsatz im Jemen, der die Lage dort noch verschlimmert hat offiziell auf das schärfste
15 verurteilt. Nur so kann die Bundesrepublik ihre moralische Integrität zurückerlangen.

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: SPD Bundestagsfraktion

ÄNDERUNG §49 AUßENWIRTSCHAFTSVERORDNUNG

Der UB Parteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen, dass

die SPD Bundestagsfraktion aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen §49 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), der die Genehmigungspflicht von technischer Unterstützung durch deutsche Staatsbürger*innen und Unternehmen bei der Entwicklung von ABC Waffen regelt, auch auf konventionelle Kriegswaffen zu erweitern.

Begründung:

Der Export von Rüstungsgütern aus Deutschland in Drittländer ist nach geltender Rechtslage von der Bundesregierung genehmigungspflichtig. Das stellt für viele deutsche Rüstungsunternehmen ein erhebliches Risiko dar, da stets die Möglichkeit besteht, dass profitable Rüstungsdeals durch eine Verweigerung der Genehmigung durch die Bundesregierung zunichte gemacht werden können. Daher weichen viele Rüstungskonzerne auf eine andere Möglichkeit aus, um profitable Geschäfte im Ausland zu machen. Nicht selten gründen deutsche Rüstungsunternehmen mittels Joint Ventures mit Rüstungsunternehmen aus Drittländern Tochtergesellschaften, die auf Grundlage der Gesetzgebung des jeweiligen Drittstaates arbeiten und daher nicht mehr unter die deutsche Rüstungsexportkontrolle fallen.

Diese Praxis wird besonders deutlich am Beispiel des geplanten Joint Ventures zwischen Rheinmetall der türkischen Rüstungsgesellschaft BMC und dem Emirat Katar zum Bau einer Panzerfabrik östlich von Istanbul. Da Rheinmetall keine Blaupausen oder andere Rüstungsgüter in die Türkei exportiert, sondern lediglich das Know-How und die benötigte Manpower bereitstellt um türkische Panzer in der Türkei zu produzieren, kann man nicht von einem Rüstungsexport im klassischen Sinne sprechen. Daher fällt dies nicht unter die Rüstungsexportgesetze Deutschlands und ist nicht durch die Bundesregierung genehmigungspflichtig.

Es ist allerdings moralisch nicht vertretbar und auch nicht konsequent, Rüstungsexporte in Drittstaaten unter Genehmigungspflicht zu stellen, aber gleichzeitig solche gesetzlichen Schlupflöcher für deutsche Rüstungskonzerne offen zu lassen.

Jedoch besteht eine Möglichkeit dieses Schlupfloch zu schließen. Paragraph 49 der Außenwirtschaftsverordnung stellt die technische Unterstützung deutscher Staatsbürger und Unternehmen von Atomaren, Chemischen und Biologischen Waffen und deren Trägersysteme in Drittstaaten automatisch unter Genehmigungspflicht durch die Bundesregierung. Würde man Paragraph 49 der Außenwirtschaftsverordnung auch auf die technische Unterstützung von konventionellen Kriegswaffen ausweiten, welches mit einer einfachen Gesetzesänderung im deutschen Bundestag möglich wäre, dann wären solche Joint Ventures deutscher Rüstungsunternehmen in Zukunft ebenfalls genehmigungspflichtig.

1 Es ist also nur eine Frage des nötigen Willens der politischen Mandatsträger im deutschen
2 Bundestag diese ungeheuerliche, moralisch höchst zweifelhafte, und deutschen Interessen
3 entgegengesetzte Praxis deutscher Rüstungskonzerne für immer einen Riegel vorzuschieben.
4

Antragsteller: AG Migration und Vielfalt

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

INTEGRATION HEISST UMFASSENDE UND GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU beinhaltet Aussagen zu Zuwanderung und Integration. Die SPD Düsseldorf kann diesen nicht uneingeschränkt folgen und stellt fest:

1. Wir verstehen Integration nicht als Assimilation. Wir streben umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in einer vielfältigen Gesellschaft ohne Diskriminierung an.

Die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben in den letzten Jahren vorbildliche Integrationsleistungen erbracht. Dabei wollen wir sie unterstützen und uns für ein vielfältiges und tolerantes Land einsetzen. Denn nur eine vielfältige Gesellschaft mit gleichberechtigten Menschen hat Zukunft. Die Integrationsaufgabe geht dabei weit über eine vorübergehende Aufnahme von Geflüchteten hinaus: Unsere gemeinsame Herausforderung besteht darin, zugewanderten Menschen echte Teilhabe zu ermöglichen und strukturelle Diskriminierung bei Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Politik und Zivilgesellschaft und im Kontakt mit Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Organisationen zu vermeiden. Hier wollen wir in Düsseldorf Vorbild sein und als SPD aktiv auf den Abbau von Diskriminierungen hinwirken – nicht bezogen nur auf ethnische, religiöse oder weltanschauliche Merkmale, sondern auch auf Geschlecht, körperliche, geistige oder seelische Einschränkungen, sexuelle Identität und Alter.

2. Wir lehnen die Massenkasernierung von Geflüchteten in den so genannten „AnKER“-Einrichtungen ab.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, brauchen Asylverfahren, die schnell, umfassend und rechtssicher bearbeitet werden.“ Das begrüßen wir. Die Folgerung, diese Verfahrenssicherheit über die sogenannten AnKER-Einrichtungen zu schaffen, lehnen wir dagegen ab. Die AnKER-Zentren sind Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen wie sie im bayerischen Manching und Ingolstadt bereits bestehen. Erwachsene müssen dort bis zu 18 Monate verbleiben bis eine Entscheidung zu ihrem weiteren Aufenthalt gefällt ist; Familien bis zu 6 Monaten. Diese Form der Massenkasernierung an der Grenze läuft der Integration und der Menschenwürde zuwider. Die Unterbringung der Asylsuchenden muss weiterhin in den Kommunen erfolgen. Nur vor Ort kann ehrenamtliches Engagement erfolgen, nur dort können sich soziale Kontakte entwickeln und somit Integration wirksam werden.

3. Ein dauerhaftes Bleiberecht und der Familiennachzug sind Voraussetzungen nicht Belohnungen für Integrationsbemühungen.

Eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis kann nicht die Belohnung am Ende eines Integrationsprozesses sein. Vielmehr ist eine frühzeitige Bleibeperspektive die unabdingbare Voraussetzung für Integration. Wer ein Leben auf Abruf führt, kann nicht ankommen, teilhaben und sich einbringen. Gleiches gilt für den Familiennachzug von so genannten „subsidiär Geschützten“. Diese Menschen sind keine Flüchtlinge zweiter Klasse. Ihre

1 rechtliche Situation entspricht lediglich nicht den Kategorien der Genfer
2 Flüchtlingskonvention. Sie sind in ihren Herkunftsländern von Folter, Todesstrafe und
3 Gefahren für Leib und Leben bedroht. Wir teilen die Kritik von Menschenrechts- und
4 Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl, dass die drastische Einschränkung des
5 Familiennachzugs für diese Menschen ebenso wie die AnKER-Einrichtungen im Widerspruch
6 zur Europäischen Menschenrechts- und UN-Kinderrechtskonvention stehen und Integration
7 erschweren.

9 **4. Das Einwanderungsgesetz darf Menschen nicht auf ihre ökonomische Nützlichkeit** 10 **reduzieren.**

11 Wir begrüßen ausdrücklich die Pläne für ein Einwanderungsgesetz. Migrantinnen und
12 Migranten dürfen dabei aber nicht auf ihren wirtschaftlichen Nutzen reduziert werden. Wir
13 wollen nicht nur Akademikerinnen und Akademikern die Chance auf ein Leben in
14 Deutschland eröffnen, sondern Menschen aller Schul- und Bildungsabschlüsse.
15 Erwerbsmigration bringt keine „Arbeitskräfte“ ins Land, sondern Menschen mit Werten,
16 Bedürfnissen und Hoffnungen. Damit die „einheimischen und sesshaften“
17 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping und die „neuen“ Einwanderinnen
18 und Einwanderer vor Ausbeutung geschützt werden, fordern wir die SPD auf, die folgenden
19 Positionen zu beachten:

- 20 a. Gleichstellung im Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht.
- 21 b. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, einschließlich der tariflichen Zulagen und
22 Zuschläge.
- 23 c. Mindeststandards bei der Unterbringung der Migrantinnen und Migranten und
24 ihrer Familien. Vielfach fehlen gerade in den Ballungsräumen bezahlbare
25 Wohnungen.
- 26 d. Dauerhaftes Bleiberecht von Beginn an und das Recht auf
27 Familienzusammenführung.

28 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bestehen wir darauf, dass ein
29 demokratisches und transparentes Einwanderungsgesetz nicht zu Lasten der humanen
30 Aufnahme von politisch Verfolgten und von Menschen, die bei uns vor Krieg und Terror
31 Schutz suchen, gehen darf.

- #### 33 **5. Das friedliche Zusammenleben muss uns mehr wert sein: Integration braucht Investition.**
- 34 Vorbehalte gegen Zugewanderte und vermeintliche „Überfremdungsängste“ rühren auch
35 daher, dass Teile der Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftlich und
36 kulturell an den Rand gedrängt wurden. Die Lebenssituation dieser Menschen hat sich
37 durch die Einschränkung der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitnehmerrechte,
38 durch den Abbau öffentlicher Leistungen, durch Privatisierungen und fehlende
39 Investitionen in die staatliche Infrastruktur massiv verschlechtert. Auf ihrem Rücken wurde
40 die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt erkaufte. Offenheit für Zugewanderte fällt leichter,
41 wenn nicht existenzielle Sorgen, Verteilungskämpfe und Abstiegsängste den Alltag
42 bestimmen. Damit Integration gelingen kann, stehen wir für eine Politik, die den Menschen
43 – den Einheimischen und den Neuangekommenen – zu sicheren Lebensperspektiven
44 verhilft, die öffentliche Hand und ihre Leistungen stärkt und der gravierende Ungleichheit
45 von Einkommen und Vermögen nachhaltig entgegenwirkt.

B

Öffnung der Partei, Modernisierung der
Strukturen, Satzungsfragen

Antrag B1

überwiesen an UBA; s. Protokoll, S. 7

Antragsteller: AG „Öffnung der Partei“

Adressaten: Unterbezirksvorstand

ÖFFNUNG DER PARTEI – BÜRGERNÄHER AUFTRETEN & ZENTRAL ERREICHBAR SEIN EINRICHTUNG EINER EINHEITLICHEN KONTAKTMÖGLICHKEIT FÜR BÜRGER.

Der Unterbezirksparteitag beauftragt den Unterbezirksvorstand mit der Einrichtung eines E-Mail-Alias für jede Postleitzahl nach dem Muster xxxxx@spd.de , so wären dies zum Beispiel im Falle der Antragsverfasser die 40476@spd.de beziehungsweise 40211@spd.de

Begründung: Es fehlt der Partei aktuell an Nähe zur Bevölkerung, besonders auffallend ist ein Mangel an Ab- und Einholung von Meinungen und Vorschlägen. Dieses Meinungsbild ist aber zwingend nötig, um die Bedürfnisse und den Willen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und effektive Maßnahmen auf politischer Ebene dazu anbieten zu können.

Jede*r Bürger*in hat einen Parameter der klar definiert und für jeden ersichtlich ist: Die Postleitzahl.

Daher fordern wir die Einrichtung einer einfachen, direkten ~~und lokal wie bundesweit~~ einheitlichen Kontaktmöglichkeit für die Bevölkerung um an die SPD und die entsprechend verantwortlichen Mandatsträger*innen und Amtsträger*innen herantreten zu können.

Die eingehenden E-Mails werden ~~automatisch~~ an alle für den Postleitzahlbereich Verantwortlichen (Ortsvereinsvorstände und Mandatsträger) weitergeleitet und von diesen mit in ihre politische Arbeit einbezogen.

1 **Antrag B2** nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 7

2
3 **Antragsteller:** AG „Öffnung der Partei“

4 **Adressaten:** Unterbezirksvorstand

5
6
7 **ÖFFNUNG DER PARTEI – VERNETZUNG MIT DEN**
8 **GEWERKSCHAFTEN**

9 **Der UB-Parteitag beauftragt den UB-Vorstand, eine Online-Umfrage bei den Mitgliedern**
10 **durchzuführen. Alle Parteimitglieder, die Gewerkschaftsmitglied (Differenzierung**
11 **aktiv/passiv) sind, werden gebeten sich einzutragen.**

12 **Die Abfrage sollte regelmäßig wiederholt werden um die Aktualität der geschaffenen**
13 **Datenbank zu gewährleisten.**

14
15 **Sachdarstellung:**

16 Die SPD Düsseldorf muss den Slogan „Soziale Gerechtigkeit“ auch vor Ort mit Leben füllen –
17 und hierbei ist eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
18 unumgänglich!

19
20 In den letzten Jahren sind die Kontakte jedoch an vielen Stellen eingeschlafen; teilweise haben
21 sich sogar verhärtete Fronten gebildet (z.B. ver.di / Verwaltung 2020 / verkaufsoffene Sonntage
22 etc.).

23
24 Wir verlieren durch den mangelnden Kontakt zu den Gewerkschaften nicht nur Verbündete im
25 Kampf gegen soziale Kälte und Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sondern auch
26 Wählerstimmen!

27 Es ist nicht zwingend erforderlich, dass sich zu jeder Gewerkschaft ein eigener SPD-Arbeitskreis
28 bildet, aber es wäre sicher sinnvoll, sich vor wichtigen Veranstaltungen oder Wahlen
29 auszutauschen.

1 **Antrag B3** nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 7

2
3 **Antragsteller:** AG „Öffnung der Partei“

4 **Adressaten:** Unterbezirksvorstand

5
6
7 **ÖFFNUNG DER PARTEI – VERNETZUNG MIT VEREINEN UND**
8 **VERBÄNDEN**

9
10 **Der UB-Parteitag beauftragt den UB-Vorstand, eine Online-Umfrage bei den Mitgliedern**
11 **durchzuführen. Alle Parteimitglieder, die Mitglied in einem Verein oder Verband sind oder**
12 **entsprechende Kontakte haben sollten folgende Daten beitragen, soweit diese öffentlich**
13 **verfügbar sind:**

14 **- Name des Vereins/Verbandes - Art des Vereins/Verbands (Sozialverbände, Schützen-**
15 **/Sportvereine, Bürgergesellschaften etc.) - Stadtbezirk - Offizieller Ansprechpartner*innen -**
16 **Kontaktdaten des Ansprechpartners und der Ansprechpartnerinnen (Mailadresse und**
17 **Anschrift)**

18 **Die Abfrage sollte regelmäßig wiederholt werden um die Aktualität der geschaffenen**
19 **Datenbank zu gewährleisten.**

20
21 **Sachdarstellung:**

22 Die SPD Düsseldorf muss alle Möglichkeiten nutzen, sich (wieder) mit den Menschen unserer
23 Stadt zu vernetzen. Hierzu kann es sinnvoll sein, Vereine und Verbände zu ausgewählten
24 Veranstaltungen einzuladen. Außerdem hilft es den Stadtbezirken und Ortsvereinen sich besser
25 vor Ort zu vernetzen. Durch die Verknüpfung mit den Genossinnen und Genossen kann der
26 Kontakt intensiviert werden: Nicht nur die Ansprechpartner erhalten die Einladung, sondern
27 auch die Genoss*innen, die die Eintragung vorgenommen haben; sie können dann im
28 persönlichen Kontakt noch einmal auf die Einladung hinweisen.

29
30 Mögliche Anwendungsmöglichkeiten: • Unser MdL Markus Herbert Weske möchte als
31 stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses eine Veranstaltung organisieren – alle
32 Sportvereine können kontaktiert werden. • Ein Ortsverein oder Stadtbezirk möchte einen
33 Empfang ausrichten – alle Vereine und Verbände im entsprechenden Bereich können
34 eingeladen werden. • Ein spezielles sozialpolitisches Thema soll im Rahmen eines
35 Themenabends diskutiert werden – passende Sozialverbände können angefragt werden.

Antrag B4

angenommen; s. Protokoll, S. 7

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksvorstand

STÄRKUNG VON ORTSVEREINEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN AUF UNTERBEZIRKSEBENE

Wir fordern den Unterbezirksvorstand auf, eine stärkere Unterstützung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften seitens der Unterbezirks- Geschäftsführung, umzusetzen. Hierzu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 1. Einführung von automatisierten, personalisierten Schreiben mit aktuellen Informationen und individuellen Beteiligungsmöglichkeiten an alle Mitglieder.**
- 2. Erstellung von multimedialen Leitfäden, Übersichten und Infomaterial zur Einbeziehung und Qualifizierung aller Parteimitglieder in Düsseldorf.**
- 3. Prüfung einer Einführung von Richtlinien für Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften zur Sicherung eines Mindeststandards bei der politischen Willensbildung.**

Begründung:

Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sind für das Ankommen in unserer Partei von entscheidender Bedeutung. Um unsere Mitglieder optimal einzubinden, müssen wir durch unsere Unterbezirksgeschäftsführung zentral sicherstellen, dass wir prägnanter und übersichtlicher über Beteiligungsmöglichkeiten informieren. Nicht in allen Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften wird dies aktuell gewährleistet, weshalb die Einführung von Mindeststandards wünschenswert ist. Die Unterbezirksgeschäftsführung soll hier stärker in die Verantwortung genommen werden.

Antrag B5

nach Änderung **angenommen**; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksvorstand

PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ DURCH ONLINE- PLATTFORMEN ERHÖHEN

Der Unterbezirksparteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen, dass

1. Alle Mitglieder der SPD Düsseldorf eingeladen werden, einer gemeinsamen Kommunikationsplattform beizutreten. Für Ortsvereine (OV) werden geschlossene Bereiche auf der Plattform erstellt und OV-Mitglieder ebenfalls eingeladen, diesen beizutreten.
2. Alle Mitglieder der SPD Düsseldorf ebenfalls eingeladen werden, einer Diskussionsplattform beizutreten, die das Teilen und Entwickeln von Ideen ermöglicht und sich dabei an der traditionellen Antragsarbeit orientiert. Das Erstellen von Untergruppen für OVs, Arbeitsgemeinschaften (AG) oder Arbeitskreisen (AK) kann auf freiwilliger Basis geschehen.
3. Neumitglieder, wenn möglich automatisch, bei dem Eintritt in die Partei sowohl zu der Kommunikationsplattform des Unterbezirks (UB) und des OVs eingeladen werden als auch zu der Diskussionsplattform.
4. Delegierte und Mandatsträger*innen des UBs in entsprechenden Kanälen innerhalb der Kommunikationsplattform des UBs von wichtigen Abstimmungen und Sitzungen berichten werden. Selbiges gilt für Delegierte der OVs in entsprechendem Kanälen des Unterbereichs.
5. Pro OV ein Mitglied beauftragt wird, (so genannte "Digitale Delegierte") von Ideen, Meinungen und Umfrageergebnissen auf den Online-Plattformen bei OV-Sitzungen zu berichten. Umgekehrt müssen diese Mitglieder nach einer OV-Sitzung dort besprochene Inhalte online vortragen. Ein Abstimmungs- oder Antragsrecht haben die Online-Foren nicht.
6. Alle vorliegenden sowie in der Zukunft erstellten Anträge künftig in einer Antragsdatenbank abgelegt werden. Diese ist so aufgebaut, dass alle Mitglieder in der Lage sind, die derzeitige Beschlusslage und den Stand der Beschlussumsetzung zu überprüfen.
7. Die monatlich anfallenden Kosten für die eingesetzten Tools aus der Parteikasse beglichen werden.

Langfristig ist eine zentrale Plattform anzustreben.

Begründung:

Die Möglichkeiten der Partizipation, der Schaffung von Transparenz und besserer Zusammenarbeit innerhalb der SPD werden derzeit bei weitem nicht ausgeschöpft. Dabei

1 können die geforderten Tools nicht nur orts- und zeitunabhängige Mitarbeit ermöglichen,
2 sondern auch auf einfache Weise für mehr Transparenz und einen besseren Informationsfluss
3 innerhalb der Partei sorgen. Konkret werden folgende Verbesserungen durch die Maßnahmen
4 erwartet:

- 5
- 6 • Neumitglieder können sich direkt nach dem Eintritt in die Partei unbürokratisch an Themen
7 beteiligen, die sie zum Eintritt motiviert haben.
- 8 • Das Ermöglichen von orts- und zeitunabhängiger Mitarbeit wird die Partei wieder mehr für
9 Mitglieder öffnen, die derzeit aus zeitlichen Gründen nicht an Sitzungen teilnehmen können.
- 10 • Durch die Funktion der digitalen Delegierten werden Mitglieder, die nicht am Online-
11 Geschehen teilnehmen können oder wollen, von dort stattfindenden Diskussionen und
12 Ausarbeitungen nicht ausgeschlossen.
- 13 • Gute Ideen von einzelnen Mitgliedern, die derzeit oft noch untergehen, können durch die
14 Maßnahmen unkompliziert OV-übergreifend geteilt und diskutiert werden.
- 15 • Der Abbau von personengebundenem Wissen durch die Antragsdatenbank und die Berichte
16 von Delegierten sorgt nicht nur für mehr Transparenz und eine bessere Diskussionskultur,
17 sondern auch für ein effizienteres, zielführenderes Arbeiten innerhalb der Gliederungen.
- 18 • Anträge und Abstimmungen erfolgen nach wie vor in der jeweiligen Gliederung. Online
19 können aber trotzdem Vorschläge, Ausarbeitungen und Meinungsbilder eingebracht werden.
20 Dies vermeidet endgültige Entscheidungen durch kurze, leichtfertige Klicks (Gefahr bei Online-
21 Abstimmungen). Außerdem kann es dafür sorgen, mehr Mitglieder für die Teilnahme an
22 wichtigen Sitzungen zu motivieren.

23
24 Diese Verbesserungen werden für frischen Wind und neue Ideen innerhalb der Partei sorgen,
25 die dringend benötigt werden. Die vorgestellten Werkzeuge können den Mitgliedern außerdem
26 dabei helfen, während des derzeit stattfindenden Erneuerungsprozesses eine Veränderung
27 schneller herbeizuführen und mehr Ideen umzusetzen.
28

Antrag B7

nach Änderung **angenommen**; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksvorstand, Ratsfraktion

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN PARTEI UND FRAKTIONEN STÄRKEN

Wir fordern den Unterbezirksvorstand (UBV) auf, die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion sicherzustellen. Hierzu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Mentoringprogramme bei Fraktionsvertreter*innen für den Parteienachwuchs

2. Ständige Berichterstattung durch Fraktionsvertreter*innen im UBV

Begründung:

Die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und dem Unterbezirksvorstand ist aktuell mangelhaft und soll daher mit den beschriebenen Mitteln verbessert werden. Die Mentoringprogramme sollen den Parteienachwuchs frühzeitig an die praktische politische Arbeit herañführen. Durch die ständige Berichterstattung durch die Fraktion im UBV soll sichergestellt werden, dass die Fraktion sich nicht von der Partei und deren Beschlusslage abkoppelt.

Antrag B8

angenommen; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksvorstand

EINFÜHRUNG EINES ROT-ROT-GRÜNEN FORUM

Der UB Parteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen, dass

der Parteivorstand der SPD Düsseldorf aufgefordert wird, nach dem Vorbild der R2G-Treffen der Jusos Düsseldorf, die Parteien Bündnis90/Die Grünen Düsseldorf und Die.Linke Düsseldorf zu politischen Gesprächen einzuladen.

Begründung:

Zum Erneuerungsprozesses gehört auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den anderen sozialen Parteien, um künftig eine Mehrheit jenseits von neoliberaler Politik zu ermöglichen. Als Plattform für diese Diskussion soll ein regelmäßiges Forum mit Bündnis 90/Die Grünen Düsseldorf und Die.Linke Düsseldorf dienen. Hier können Ideen entstehen und Konzepte zur Umsetzung entwickelt werden.

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Beteiligung mal anders“.

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag

EINRICHTUNG EINES ONLINE-KALENDERS

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Einrichtung eines Online-Kalenders für die Mitglieder des SPD-Unterbezirks Düsseldorf.

Die Geschäftsstelle des Unterbezirks richtet einen Online-Jahreskalender ein, der sämtliche Termine aller Gliederungen und Gremien des Unterbezirks enthält. Dazu gehören insbesondere aber nicht ausschließlich:

- a) Termine der Mitgliederversammlungen aller Ortsvereine
- b) Termine der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise
- c) Termine des Unterbezirksausschusses (UBA) und des Unterbezirksvorstands (UBV)
- d) Veranstaltungstermine (z. B. Parteitage, Klausuren, öffentliche und Partei-öffentliche Veranstaltungen / Aktionen)

Die Eintragungen enthalten:

- 1) die Angabe von Datum, Uhrzeit und Ort
- 2) ggf. eine Kurzbeschreibung des Themas der Veranstaltung
- 3) etwaige Zugangsbeschränkungen
- 4) ggf. Kontaktdaten (Telefon, E-Mail-Adresse)

Die Eintragungen obliegen den jeweils veranstaltenden Gremien; die jeweiligen Gremien sollen in ggf. dazu angehalten werden, Termine auch tatsächlich einzutragen.

Leserechte sind beschränkt auf die Mitglieder des Unterbezirks. Als Passwort zum Kalender kann beispielsweise die persönliche Mitgliedsnummer dienen.

Begründung:

Ein zentraler Online Kalender erleichtert es den Mitgliedern, niedrigschwellig einen Überblick über die Tätigkeiten der SPD Düsseldorf zu erhalten und sich ggf. an den jeweiligen Foren zu beteiligen.

Weiterhin können Terminüberschneidungen minimiert werden.

Dies erhöht die Transparenz der Parteitätigkeiten und die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme.

1 **Antrag B10** Beschluss, eine Arbeitsgruppe einzurichten; s. Protokoll, S. 8

2
3 **Antragsteller:** Arbeitsgruppe „Beteiligung mal anders“.

4 **Adressat:** SPD-Unterbezirksparteitag

5
6 ***EINHEITLICHE WEBSITE FÜR ORTSVEREINE***

7
8 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

9
10 **Die Geschäftsstelle des Unterbezirks stellt für die Ortsvereine eine Website mit einheitlichem**
11 **Corporate Design zur Verfügung. Diese Websites sollten mit Hilfe eines Content Management**
12 **Systems betrieben werden, das auch von Laien und Laiinnen leicht zu bedienen ist. Des**
13 **Weiteren sollen diese OV-Websites von der Seite des Unterbezirks aus zu erreichen sein. Dies**
14 **kann beispielsweise durch Verlinkung im Hauptmenü erfolgen (wie dies bereits mit den**
15 **Kontaktdaten der einzelnen OV-Vorstände der Fall ist). Dabei stellt die Geschäftsstelle des**
16 **Unterbezirks lediglich die Grundstruktur zur Verfügung. Für die Inhalte sind weiterhin die**
17 **Ortsvereine verantwortlich.**

18
19 **Begründung:**

20 Bisher betreibt jeder Ortsverein seinen eigenen Web-Auftritt. Diese Websites sind zum Teil sehr
21 unterschiedlich gestaltet und aufgebaut. Dies ist vor allem davon abhängig, ob entsprechende
22 Kompetenzen im jeweiligen Ortsverein vorhanden sind oder nicht. Darunter leiden vor allem
23 für Neu- aber auch für Altmitglieder die Transparenz und Übersichtlichkeit von Informationen
24 innerhalb des Unterbezirks und seiner Ortsvereine. Daher sehen wir es als unerlässlich an, dass
25 eine einheitliche Oberfläche geschaffen wird, für deren Inhalte jedoch weiterhin die
26 Ortsvereine zuständig sein sollen, um die Eigenständigkeit der Ortsvereine in diesem Bereich zu
27 erhalten. Das verwendete Content Management System sollte daher benutzerfreundlich, sprich
28 leicht mit Inhalten zu befüllen, sein. So soll zukünftig sichergestellt werden, dass die
29 Ortsvereine unabhängig davon, ob entsprechend IT-affine Mitglieder in den eigenen Reihen
30 vorhanden sind, online professionell auftreten können und sich jedes Mitglied der SPD
31 Düsseldorf online zurecht findet.

Antrag B11

nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 7

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Strukturelle Erneuerung“

Adressat: Unterbezirksparteitag

PRÄAMBEL ZUR SATZUNG DES SPD UB DÜSSELDORF

Die SPD Düsseldorf gibt sich ein Leitbild:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf soll ein Aushängeschild für Nordrhein-Westfalen sein – und genau so soll der Unterbezirk Düsseldorf ein strahlendes und selbstbewusstes Aushängeschild der NRW SPD sein. Wir, die Mitglieder des Unterbezirks Düsseldorf, verpflichten uns daher zu konstruktiver Mitarbeit im Sinne der Sozialdemokratie.

Die SPD lebt vom Ideenaustausch mit dem Ziel der demokratischen Willensbildung. Hierzu gehört der Mut, Probleme offen anzusprechen, aber auch die Offenheit, neue Ideen und Denkanstöße zuzulassen. Sätze wie „Das haben wir immer schon so gemacht“ sollten aus unseren Köpfen verschwinden um Platz für innovatives Denken zu schaffen. Unsere Diskussionskultur zeichnet sich durch konstruktive und sachliche Kritik und kurze, prägnante und zielführende Redebeiträge aus. Niemand soll sich in seiner freien Meinungsäußerung eingeschränkt sehen! Nur mit einer solchen entwickelten Diskussionskultur kann uns die Aufgabe der Erneuerung gelingen, denn sonst schreckt sie ab und zementiert bestehende verkrustete Strukturen.

Im Sinne der innerparteilichen Demokratie ist es unerlässlich, die Teilhabe und Partizipation aller Genossinnen und Genossen zu ermöglichen. Wir achten daher bei allen Veranstaltungen auf Barrierefreiheit für Mobilität und Sinne sowie arbeitnehmer*innen- und familienfreundliche Termine. Außerdem achten wir auch in Zeiten der Digitalisierung auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen analoger und digitaler Parteiarbeit.

Wir achten darauf, die Parteistruktur des UB Düsseldorf durchlässiger zu gestalten und erleichtern ein Emporkommen ambitionierter neuer Gesichter. Insbesondere neue Funktionsträger*innen werden im Sinne eines Mentorings unterstützt und gefördert.

Die Delegierten des UB Düsseldorf sind sich ihrer repräsentativen Funktion bewusst und treten aktiv in den Meinungsaustausch mit der Basis ein. Die Mandatsträger*innen bemühen sich im Rahmen der Willensbildung um den Dialog mit den Genossinnen und Genossen in ihren Wahlkreisen und berichten nicht nur über Abstimmungsergebnisse, sondern auch über deren Entstehung.

Alle Mitglieder, Funktionsträger*innen, Delegierte, Mandatsträger*innen und Mitarbeiter*innen des UB Düsseldorf verständigen sich auf ein faires und freundliches Miteinander, das von Wertschätzung und Dankbarkeit geprägt ist.

Sachdarstellung:

Unser gemeinsames Ziel ist es, die SPD – insbesondere im Unterbezirk Düsseldorf – zu erneuern. Doch hierzu wird es nicht ausreichen die Organisation oder Struktur unserer politischen Arbeit anzupassen. Der erste Schritt der Erneuerung findet in unseren Köpfen statt und unser Verhalten und unser Miteinander sind ausschlaggebend für das Gelingen.

Lasst uns die Präambel nutzen, um uns einen Rahmen aber auch ein Versprechen zu geben, in Zukunft besser miteinander umzugehen!

Weitere Begründung erfolgt mündlich!

1 **Antrag B12** nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 5

2
3 **Antragsteller:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag

5
6 **MITGLIEDERVERSAMMLUNG STATT**
7 **DELEGIERTENVERSAMMLUNG AUF**
8 **UNTERBEZIRKSPARTEITAGEN**
9

10 Der SPD-Unterbezirksparteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

11 (Basierend auf der Satzung vom 26. Januar 2013)

12 1. Streiche in § 4 III ersatzlos: „ihre Delegierten zum Unterbezirksparteitag und“

13 2. Streiche § 5 IV ersatzlos.

14 3. Streiche § 7 IV

15 Ersetze durch:

16 § 7 IV: „Der Unterbezirksparteitag kann als Mitgliederversammlung stattfinden.

17 Stimmberechtigt und redeberechtigt auf dem Unterbezirksparteitag sind in diesem Fall
18 alle Mitglieder des SPD Unterbezirks Düsseldorf, die zum Zeitpunkt der Einladung im
19 Unterbezirk gemeldet waren.“

20
21 Streiche § 7 V ; § VI a, b, c, d

22
23 § 7 VI e, f, g, h wird zu § 7 V a, b, c, d

24
25 4. Streiche § 8 II b ; ersetze durch „auf Antrag von 5 v.H. der Mitglieder des Unterbezirks“ ;
26 Streiche in § 8 II c „gefordert wird“

27 Ergänze

28 als § 8 II d „auf Beschluss des Parteitages“ ;

29 als § 8 II e „auf Beschluss der Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes gefordert wird“

30 5. § 8 III Ersetze „die Mandate der Delegierten“ mit „die Mandate der anwesenden
31 Düsseldorfer Parteimitglieder“.

32 Streiche „Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten

33 Delegierten anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange seine Beschlussunfähigkeit

34 nicht festgestellt ist.“ Und ersetze durch „Er ist beschlussfähig, wenn form- und

35 fristgerecht eingeladen wurde.“

- 1 6. Streiche in § 8 IV „Der Parteitagsleitung können nur Delegierte angehören.“ und ersetze
2 durch „Der Parteitagsleitung können nur stimmberechtigte Parteimitglieder
3 angehören.“.
- 4 7. Streiche in § 9 I d „sowie“.
5 Ergänze in § 9 I e nach „der Unterbezirksvorstand“ ein „sowie“.
6 Ergänze als § 9 I f „mindestens 25 Mitgliedern der SPD aus dem Gebiet des
7 Unterbezirks.“
- 8 8. Streiche in § 9 II „Der Unterbezirk leitet die eingereichten Anträge spätestens eine
9 Woche vor dem Parteitag an die Delegierten weiter.“ und ersetze durch „Der
10 Unterbezirk macht die Anträge spätestens eine Woche vor dem Parteitag den
11 Mitgliedern zugänglich.“
- 12 9. Streiche in § 9 III „von mindestens 25 Delegierten“ und ersetze durch „von mindestens
13 25 stimmberechtigten Mitgliedern“.
- 14

15 **Begründung:**

16 Aufgrund des desaströsen Wahlergebnisses bei der zurückliegenden Bundestagswahl ist uns
17 klar: Es muss sich etwas ändern. Ein Beitrag dazu, die SPD zu erneuern, kann die Ausweitung
18 der innerparteilichen Demokratie sein. In der „offenen Mitgliederversammlung“, die mit
19 diesem Antrag als Struktur für kommende Unterbezirksparteitage festgeschrieben werden soll,
20 werden viele der Kritikpunkte an innerparteilicher Entscheidungsfindung und mangelnder
21 Mitgliederbeteiligung aufgegriffen. Durch die „offene Mitgliederversammlung“ können neue
22 Mitglieder, die mit viel Enthusiasmus auch nach dieser Bundestagswahl wieder in die SPD
23 eingetreten sind, unmittelbar ihre Ideen einbringen.

24

25 Auch diejenigen Mitglieder, die vielleicht beruflich oder familiär zu eingebunden sind, um
26 regelmäßig im Ortsverein aktiv zu sein oder studentische Mitglieder, die nur für einen
27 befristeten Zeitraum vor Ort sind, werden befähigt und motiviert, am Parteileben teilzuhaben.
28 Das Mitgliederversammlungsprinzip kann die Durchlässigkeit für neue Ideen, neue Köpfe und
29 ein noch dynamischeres Parteileben bedeuten.

30
31

Antrag B13

überwiesen an Satzungskommission; s. Protokoll, S. 5

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Strukturelle Erneuerung“

Adressat: Unterbezirksparteitag

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN STÄRKEN – DELEGIERTENSCHLÜSSEL ANPASSEN

Der UB-Parteitag beschließt, die Satzung des Unterbezirks wie folgt zu ändern:

§ 5 Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise

(4) Die Arbeitsgemeinschaften entsenden insgesamt 25 Delegierte zu den UB-Parteitagen. Jede Arbeitsgemeinschaft erhält ein Grundmandat. Der Unterbezirksvorstand legt in Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften die Anzahl der übrigen Delegierten fest. Das Ergebnis wird dem Unterbezirksausschuss in Form einer Beschlussvorlage vorgelegt.

Es entfallen auf die Arbeitsgemeinschaften folgende Delegierte:

a) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – ___ Delegierte*r

b) Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen – ___ Delegierte

c) Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen – ___ Delegierte*r

d) Arbeitsgemeinschaft 60plus – ___ Delegierte*r

e) Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen – ___ Delegierte*r

f) Arbeitsgemeinschaft für Bildung – ___ Delegierte*r

g) Arbeitsgemeinschaft Selbständige – ___ Delegierte*r

h) Arbeitsgemeinschaft SPDqueer – ___ Delegierte*r

i) Arbeitsgemeinschaft Migration + Vielfalt – ___ Delegierte*r

j) Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen –
___ Delegierte*r

k) Arbeitsgemeinschaft Selbstaktiv – ___ Delegierte*r

l) Arbeitskreis EUROPA – ___ Delegierte*r

Neu gegründete Arbeitsgemeinschaften entsenden bis zur Feststellung des Delegiertenschlüssels beratende Mitglieder.

§ 7 Unterbezirksparteitag

(4) Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind:

1 a) 170 von den Ortsvereinen der SPD Düsseldorf in geheimer Abstimmung gewählten
2 Delegierten

3 b) 15 Mitglieder des UB-Parteivorstandes

4 c) **die in geheimer Abstimmung gewählten Delegierten der Arbeitsgemeinschaften der SPD**
5 **Düsseldorf entsprechend des Verteilungsschlüssels**

6 Vorstandsmitglieder mit Stimmrecht und Delegierte von Arbeitsgemeinschaften dürfen jedoch
7 insgesamt nicht mehr als ein Fünftel der satzungsmäßigen Gesamtzahl der
8 Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausmachen.

9 *(Die unerwähnten Absätze bleiben unverändert!)*

10 ***Sachdarstellung:***

11 *Die Arbeitsgemeinschaften leisten wichtige politische Arbeit in unserem Unterbezirk und reichen*
12 *regelmäßig richtungsweisende Anträge für die Parteitage ein. Daher sollten sie auch in*
13 *angemessener Weise bei den Parteitagen repräsentiert sein. Der Verteilungsschlüssel sollte sich*
14 *hierbei - wie bei den Ortsvereinen auch - an der Mitgliederzahl orientieren.*

15

Antrag B14

angenommen; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Strukturelle Erneuerung“

Adressat: Unterbezirksparteitag

BESCHLUSSKONTROLLE – FEEDBACKKULTUR DURCH BESCHLUSSKONTROLLE

Der UB-Parteitag beschließt die Einrichtung einer Beschlusskontrolle für beschlossene Anträge aus den Gremien des Unterbezirks. Der Adressat des beschlossenen Antrags muss dem beschlussfassenden Gremium einen Bericht zum aktuellen Bearbeitungsstand geben. Dieses erfolgt erstmalig sechs Monate nach Beschluss des Antrags und danach halbjährlich bis zur vollständigen Erledigung des Antrags. Wenn der Adressat ein Gremium außerhalb des Unterbezirks ist, müssen Mitglieder oder Delegierte, die dem Adressaten angehören über den Bearbeitungsstand berichten. Sollte kein Mitglied des Unterbezirks dem adressierten Gremium angehören, berichtet der Unterbezirksvorstand.

Begründung:

In den Gremien des Unterbezirk Düsseldorf werden viele Anträge beschlossen. Leider hört man von vielen Anträgen nach dem Beschluss nichts mehr. Diesen Zustand wollen wir damit ändern, dass das Beschlussfassende Gremium in regelmäßigen Abständen zu beschlossenen Anträgen einen Bericht über den Bearbeitungsstand bekommt. Damit wird sichergestellt, dass das Gremium informiert ist und gegebenen Falls weitere Maßnahmen einleiten kann, um die Umsetzung des beschlossenen Antrags voranzubringen.

Antrag B15

angenommen mit 2/3 Mehrheit; s. Protokoll, S. 5

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Strukturelle Erneuerung“

Adressat: Unterbezirksparteitag

INHALTLICHE PARTEIARBEIT FÖRDERN – THEMENPARTEITAGE UND WORLD CAFÉS

Der UB-Parteitag beschließt, die Satzung des Unterbezirks wie folgt zu ändern:

§ 8 Einberufung des Unterbezirksparteitages

(1) Unterbezirksparteitage finden nach Bedarf, mindestens aber zwei Mal im Jahr statt. **Bei mindestens einem dieser Parteitage handelt es sich um einen Themenparteitag, welcher in Form einer vorangehenden parteiöffentlichen Veranstaltung (z.B. World Café) vorbereitet wird.** Der Parteitag wird vom Unterbezirksvorstand unter Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem festgesetzten Termin einberufen. Zum Wahlparteitag - der alle zwei Jahre stattfindet - muss mindestens sechs Wochen vorher eingeladen werden.

§ 9 Anträge

(1) Antragsberechtigt zum Unterbezirksparteitag sind

a) die Ortsvereine

b) die Stadtbezirke

c) die Arbeitsgemeinschaften auf Unterbezirksebene

d) die Arbeitskreise und Themenforen sowie

e) die Arbeitsgruppen, die aus der vorbereitenden Veranstaltung entstanden sind

f) der Unterbezirksvorstand

(Die unerwähnten Absätze bleiben unverändert!)

Sachdarstellung:

Insbesondere in Wahlkampfbereichen sind wir oftmals zu sehr mit der Selbstverwaltung beschäftigt. Selbstverständlich sind Wahlparteitage oder Parteitage zur Nominierung von Kandidat*innen oder Beschlussfassung für Wahlprogramme ebenfalls wichtig.

Wir sollten allerdings auch nicht die inhaltliche Partizipation vernachlässigen und den Unterbezirksparteitag als höchstes Beschlussgremium des Unterbezirks nutzen, um uns inhaltlich zu positionieren. Hierzu wäre (mindestens) ein jährlicher Themenparteitag hilfreich, der mit einem zeitlichen Abstand von einem parteiöffentlichen World Café vorbereitet wird. Um die organisatorischen Abläufe zu erleichtern wäre es außerdem förderlich, wenn die Arbeitsgruppen, die aus vorbereitenden World Cafés entstanden sind, zum entsprechenden Themenparteitag antragsberechtigt wären.

gez. Moira Obendorf

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Strukturelle Erneuerung“

Adressat: Unterbezirksparteitag

UNTERBEZIRKSAUSSCHUSS STÄRKEN – PARTIZIPATION VERBESSERN UND ERLEICHTERN

Der UB-Parteitag beschließt, die Satzung des Unterbezirks wie folgt zu ändern:

§ 14 Unterbezirksausschuss

(1) Der Unterbezirksausschuss ist das höchste Beschlussgremium zwischen den Unterbezirksparteitagen und zuständig für die politische und organisatorische Zusammenarbeit zwischen Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk Düsseldorf, sowie für den Austausch von politischen und organisatorischen Informationen. **Er tagt parteiöffentlich, die Einladung erfolgt in geeigneter Form (Veröffentlichung auf der Homepage des Unterbezirks).**

(2) In den Unterbezirksausschuss entsenden die Ortsvereine 50 stimmberechtigte Mitglieder. Stimmberechtigt sind die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Ortsvereine. Jeder Ortsverein hat ein Grundmandat. Grundlage für die Berechnung der weiteren Sitze im Unterbezirksausschuss sind die im vorausgegangenen Jahr abgerechneten Mitgliederzahlen.

Die Arbeitsgemeinschaften haben ein Grundmandat und entsenden somit jeweils eine*n Delegierte*n. Stimmberechtigt sind die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaften.

(3) Jeder Ortsverein **und jede Arbeitsgemeinschaft** wählt in geheimer Wahl seine*n Delegierte*n für den UB-Ausschuss. Mitglieder des Unterbezirksvorstandes können dem Unterbezirksausschuss nicht als ordentliche Mitglieder angehören.

(4) Zu den Aufgaben des UB-Ausschusses gehören:

a) Beratung, Empfehlung und Beschlussfassung zu wesentlichen politischen, organisatorischen und personellen Fragen (**auch im Vorfeld zu Landes- und Bundesparteitagen**), Vorbereitung der Unterbezirksparteitage, Empfehlung von Grundsätzen und Richtlinien für die Parteiarbeit im Unterbezirk und die Beschlussfassung zu Anträgen

b) Empfehlung von Grundsätzen und Richtlinien für die Aufstellung von Kandidat(innen)

c) Bildung von Ausschüssen für besondere Aufgaben.

d) Der Unterbezirksausschuss ist anzuhören vor Beschlüssen des Unterbezirksvorstandes über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen sowie bei der Vorbereitung von Wahlen

zu Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften. **Hierzu erfolgen regelmäßig Hereingaben durch den UB-Vorstand.**

(5) An den Sitzungen des UB-Ausschusses nehmen beratend teil:

a) die Mitglieder der Revisionskommission

b) je ein*e Vertreter*in der Projektgruppen und Arbeitskreise auf Unterbezirksebene

c) die Mitglieder des Unterbezirksvorstandes

d) je ein*e Vertreter*in der Bezirksvertretungsfraktionen

e) die Mandatsträger*innen im Rat der Stadt, dem Landtag, Bundestag und Europaparlament

Die Mandatsträger*innen werden in regelmäßigen Abständen explizit eingeladen um dem Gremium anstehende Entscheidungen vorzustellen und ein Meinungsbild des Unterbezirksausschusses einzuholen.

(6) Der Unterbezirksausschuss wählt für seine Amtsdauer aus seiner Mitte einen Vorstand, bestehend aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden, einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter und zwei Schriftführern oder Schriftführerinnen. Der oder die Vorsitzende nehmen an den Sitzungen des Unterbezirksvorstandes mit beratender Stimme teil.

(7) Der Unterbezirksausschuss wird durch seine*n Vorsitzende*n unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung einberufen. Er tagt nach Bedarf, **jedoch mindestens sechs Mal jährlich und vor jedem Landes- und Bundesparteitag.** Auf Antrag eines Drittels seiner stimmberechtigten Mitglieder, der zu begründen ist, muss eine außerordentliche Sitzung einberufen werden.

Sachdarstellung:

Als das höchste Beschlussgremium zwischen den Unterbezirksparteitagen sollte der Unterbezirksausschuss den Unterbezirk repräsentieren. Da er gemäß der Satzung „die politische und organisatorische Zusammenarbeit zwischen Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk Düsseldorf, sowie [...] den Austausch von politischen und organisatorischen Informationen“ gewährleisten soll, ist es erforderlich, die Arbeitsgemeinschaften stimmberechtigt zu beteiligen.

Zur Stärkung der innerparteilichen Partizipation ist es außerdem erforderlich, den Unterbezirksausschuss für interessierte Mitglieder zu öffnen!

Antrag B17

angenommen; s. Protokoll, S. 6

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

AG-DELEGIERTE IM UBA

Der UB-Parteitag beschließt:

Die Einführung von Unterbezirksausschuss-Delegierten für Arbeitsgemeinschaften (AGs) und Arbeitskreise (AKs) (je 1 Delegierte*r pro AG und AK (vom UBV anerkannt)).

Begründung:

Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise haben – anders als beim Unterbezirksparteitag – keine Delegierten im Unterbezirksausschuss. Sie sind jedoch essentielle Gremien der Meinungsbildung in unserer Partei und sollten daher auch offiziell im Unterbezirksausschuss stimmberechtigt sein.

Antrag B23

angenommen mit 2/3 Mehrheit; s. Protokoll, S. 6

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

Einführung optionaler gemischtgeschlechtlicher Doppelspitzen

In der SPD sollen optionale gemischtgeschlechtliche Doppelspitzen ermöglicht werden.

Hierbei können zwei Mitglieder in Blockwahl kandidieren. Die Kandidatur von Einzelkandidat*innen ist möglich.

Begründung:

Bereits heute existieren Doppelspitzen in Arbeitsgemeinschaften der SPD Düsseldorf, obwohl dies nicht in der Satzung vorgesehen ist. Eine Doppelspitze hat viele Vorteile und sollte daher satzungskonform in den Gliederungen der SPD Düsseldorf wählbar sein. Durch eine Kandidatur in Blockwahl, auch als Alternative zu einer weiterhin möglichen Einzelkandidatur, soll die Funktionsfähigkeit einer Doppelspitze sichergestellt werden.

1 **Antrag B24** nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 5

2
3 **Antragsteller:** Arbeitsgruppe Struktur

4
5 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag,

6
7 ***TRENNUNG VON FUNKTION UND MANDAT***

8
9 Der UB-Parteitag beschließt, die Satzung des Unterbezirks wie folgt zu ändern:

10
11 ***§ 17 Funktions- und Mandatsträger*innen, Quotierung***

12 (1) ...

13
14 (2) In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieser Satzung und der
15 Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten

16 Satzung der SPD Düsseldorf sein. Die Pflicht richtet sich an das wählende oder entsendende
17 Gremium. Die Quotierung bezieht sich insbesondere auf Mehrpersonengremien wie Vorstände,
18 geschäftsführende Vorstände, von Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen.

19
20 **Die vom UB-Parteitag gewählten Delegierten für den Landesparteitag und den**
21 **Bundesparteitag dürfen nicht Mandatsträger-/innen der jeweiligen Ebene sein.**

22
23 **Begründung:**

24 Die im Antrag formulierte Ergänzung dient der Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten in
25 der Partei. Sie soll dazu beitragen, mögliche Interessenskonflikte zu verhindern und noch mehr
26 Transparenz herzustellen. Darüber hinaus sollen sowohl Elemente der Basisdemokratie
27 gefördert werden und die Kontrollfunktion der Partei noch besser ausgeübt werden können.

1 **Antrag B28** nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 7

2
3 **Antragsteller:** Arbeitsgruppe „Struktur“

4 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag

5
6 ***ANTRAGSKOMMISSION REFORMIEREN***

7
8 **Der UB-Parteitag beschließt, die Satzung des Unterbezirks wie folgt zu ändern:**

9
10 § 9 Anträge

11 (4) Der Antragskommission gehören an:

12 a) fünf Vertreter*innen der Ortsvereine

13 b) ein Mitglied des UB-Vorstandes

14 c) ein Mitglied des Vorstandes des UB-Ausschusses

15 d) sowie mit beratender Stimme 1 Vertreter*in des vorgeschlagenen Präsidiums
16 des Parteitages, je 1 Vertreter*in der Arbeitsgemeinschaften

17 **e) eine Bevollmächtigte der antragstellenden Gliederung, stimmberechtigt für die Dauer der
18 Beratung über den betreffenden Antrag**

19 (5) Die Antragskommission entscheidet ~~auch~~ über die Zulässigkeit von Initiativanträgen.

20 Gegen ein ablehnendes Votum können die Antragssteller auf dem Parteitag eine Abstimmung
21 über die Behandlung des Antrages beantragen.

22 Die Arbeit der Antragskommission ist in der Geschäftsordnung des Unterbezirksparteitages
23 geregelt.
24

1 **Antrag B30**

angenommen mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 8

2
3 **Antragsteller:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag

5
6 ***EINHEITLICHES GENDERN DER SATZUNG UND***
7 ***GESCHÄFTSORDNUNG DES UNTERBEZIRKS***

8
9 **Der UB-Parteitag beschließt:**

10 **Die Satzung und Geschäftsordnung des Unterbezirks soll einheitlich mit Sternchen gegendert**
11 **werden.**

12 **Begründung:**

13 Die derzeit uneinheitliche Verwendung von gendergerechter Sprache in der Satzung und in der
14 Geschäftsordnung wirkt unprofessionell und halbherzig. Das Gendersternchen verspricht eine
15 möglichst weitgehende sprachliche Inklusion und spiegelt die Mitgliedervielfalt sowie die
16 Offenheit der SPD Düsseldorf wider.

Antrag B32

angenommen mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

EINFÜHRUNG VON PERSONALURWAHLEN

Personelle Entscheidungen bzgl. einer Spitzenkandidatur ab ~~Unterbezirksebene~~ müssen per ~~Urwahl getroffen werden~~ Landesebene müssen per Mitgliederentscheid getroffen werden

Begründung:

Eine Urwahl von Spitzenkandidat*innen gibt den Kandidat*innen zusätzlichen Rückhalt.

Dadurch, dass die Basis in die Entscheidungsfindung einbezogen wird, wird nicht nur der

Wahlprozess an sich weitaus transparenter und glaubhafter gemacht, sondern auch gefördert,

dass sich die Kandidat*innen profilieren können. Dies führt zu einer dringend benötigten

Politisierung des Auswahlprozesses, der sich auch positiv auf die Wahlergebnisse auswirken kann.

Antrag B33

nach Änderung **angenommen** mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 9

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Bundesparteitag, Bundesvorstand

ABSCHAFFUNG VON PARTEIKONVENTEN

Parteikonvente sind abzuschaffen. Solange dies auf Bundesebene noch nicht vollzogen ist, gilt § 17 Abs. 2 der SPD-Satzung des Unterbezirks Düsseldorf analog.

Begründung:

Parteikonvente widersprechen schon in der Theorie der Idee einer tragenden Basis, da ihr ohnehin vergleichsweise kleiner Personenkreis fast ausschließlich von Mandatsträger*innen besetzt ist. Auch in der Praxis hat dies in der Vergangenheit schon zu fragwürdigen Entscheidungen geführt. Dies birgt die Gefahr einer Spaltung zwischen Basis und Parteifunktionär*innen. Eine Abschaffung der Parteikonvente würde daher die Glaubwürdigkeit der Partei nach innen und außen erhöhen und sicherstellen, dass Beschlusslagen hier nicht umgangen werden.

Antrag B34

angenommen mit 2/3-Mehrheit; s. Protokoll, S. 9

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

QUOTIERTE REDELISTE

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Punkt 7 in der Geschäftsordnung des Unterbezirksparteitages wie folgt geändert wird:

7. Redeliste und Redezeit

Die Redeliste führt ein*e Schriftführer*in. Die Redner*innen erhalten in der Reihenfolge das Wort, in der sie sich gemeldet haben. Den Redner*innen wird in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen genderquotiert das Wort erteilt. Die Redezeit beträgt für die Diskussion der Redner*innen höchstens zehn Minuten. Außer der Reihe wird das Wort zur Geschäftsordnung und zur direkten Erwiderung auf an bestimmte Personen gerichtete Fragen erteilt. Persönliche Erklärungen erfolgen nach Schluss der Debatte. Bei Änderungsanträgen ist dem*der Sprecher*in der Antragskommission auf Antrag das Wort außerhalb der Redeliste zu erteilen.

Begründung:

Die SPD ist leider immer noch eine vorwiegend durch Männer dominierte Partei. Frauen - und gerade junge Frauen - werden häufig nicht ernst genommen und ihre Wortbeiträge gehen oft unter. Auch ist die Atmosphäre häufig nicht so, dass Frauen ermutigt werden sich zu Wort zu melden.

Die SPD muss aber im Zuge der Erneuerung vielfältiger werden und sich wieder das Debattenführen beibringen. Wir sind deshalb der Meinung, dass eine genderquotierte Redeliste die Atmosphäre verbessert und neue Perspektiven aufzeigt. Bei den Jusos haben wir damit bereits gute Erfahrungen gemacht.

Wir wünschen uns eine feministische und inklusive SPD und sehen in dieser Änderung einen Schritt in die richtige Richtung.

Antrag B35

nach Änderung **angenommen**; s. Protokoll, S. 9

Antragsteller: OV Friedrichstadt

Adressaten: Unterbezirksparteitag

PARTEITAG

Der Parteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

Einer der nächsten Themen-Parteitage der SPD Düsseldorf wird inhaltlich und hinsichtlich des Ablaufs von den Jungsozialist*innen Düsseldorf unter intensiver Einbeziehung der Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise gestaltet.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag B36

erledigt durch B32; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: OV Bilk

Adressaten: Parteivorstand

URWAHLMITGLIEDERENTSCHIED

Die SPD Düsseldorf fordert den Bundesvorstand auf, die Entscheidung über die/den zukünftige/n Vorsitzende/n jetzt und zukünftig über einen Mitgliederentscheid ~~Urwahl~~ herbeizuführen. In dessen Rahmen sollen Diskussionsveranstaltungen mit den Kandidierenden durchgeführt werden.

Begründung

Nach einhelliger Meinung der Mitglieder soll sich die SPD erneuern. Diese Absicht kann sich nicht alleine auf Inhalte beziehen. Auch der durch den Parteivorstand ausgerufene neue politische Stil darf sich nicht in Ankündigen erschöpfen. Die Besetzung wichtiger Ämter innerhalb der SPD darf daher nicht wie bisher einfach im kleinen Kreis beschlossen bzw. per Akklamation durch gescheiterte Vorgänger*innen erfolgen. Wer die SPD erneuern möchte, muss - gerade in diesen Zeiten - auch den Parteivorsitz durch die Mitglieder bestimmen lassen. Ein Wahlkampf um dieses Amt stärkt die Basis und fördert die innerparteiliche Beteiligung.

Antragsteller: Jessica Breitskopf, Hildegard Düsing-Krems, Thomas Gestrich, Hakim El Ghazali, Ismail Eren, Thors Haedecke, Philipp Heinz, Joachim Heuter, Ursi Holtmann-Schnieder, Nicola Irmer, Katharina Kabata, Petra Kammerevert, Karl-Heinz Krems, Jochen Leben, Peter Rasp, Andreas Rimkus, Oliver Schreiber, Philipp Tacer, Klaudia Tietze, Marion Warden, Markus Herbert Weske

Adressaten: SPD Düsseldorf, NRWSPD, Bundespartei

#SPDERNEUERN – WANN, WENN NICHT JETZT?

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die historische Wahlniederlage der SPD bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 bedeutet eine tiefe Zäsur in der mehr als 150-jährigen Geschichte der SPD. Ein „Totalverlust“ ist nicht mehr auszuschließen. Zugleich zeigt der Blick über die Grenzen: Diese Entwicklung ist nicht (nur) hausgemacht, die Existenz und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sozialdemokratischer Parteien stehen in ganz Europa in Frage. Auf diese Lage müssen wir reagieren, und zwar sofort und konsequent. Wer darauf hofft, dass die Lage der Partei in ein paar Jahren schon wieder besser sein wird, und bis dahin das „Weiter-so“ propagiert, der spielt mit der Existenz der Partei.

Mit der Mehrheitsentscheidung der Mitglieder für eine erneute Regierungsbeteiligung ist klar, dass wir in den kommenden Jahren – als zwingende Voraussetzung für bessere Wahlergebnisse – eine erfolgreiche Politik machen und die auch erfolgreich kommunizieren müssen. Das ist mehr, als uns in der letzten Regierungszeit gelungen ist. Zugleich stehen wir vor der Herkulesaufgabe, uns selbst neu zu erfinden und uns – parallel zur gemeinsamen Regierungsarbeit mit der Union – als glaubwürdige politische Alternative zu positionieren. Diese Herausforderung wird in vielen Teilen der Partei so empfunden und seit dem 4. März breit diskutiert.

Die SPD Düsseldorf wird den umfassenden Erneuerungsprozess der Partei aktiv mit vorantreiben. Erneuerung in allen Bereichen – inhaltlich, organisatorisch und personell – und auf allen Ebenen. Wir beginnen mit uns selbst. Dazu haben wir im Herbst 2017 einen intensiven Prozess unter Beteiligung aller Mitglieder der Partei begonnen, der mit diesem UB-Parteitag erste praktische Umsetzungsschritte bringen wird. Zugleich beteiligen wir uns aktiv an der Erneuerung der SPD in NRW und in Deutschland. Weder die Regierungsbeteiligung im Bund noch die bevorstehenden Wahlen dürfen uns daran hindern, jetzt unsere Arbeit und unsere politische Aufstellung konsequent auf den Prüfstand zu stellen.

Im Gegenteil: Mit der Europawahl 2019 und der Kommunalwahl mit Wahl des Integrationsbeirates 2020 steht die SPD im Bund, in NRW und hier in Düsseldorf sehr schnell vor großen Herausforderungen. Auch darum darf es kein „Weiter-so“ geben. Wenn wir wieder Erfolge bei Wahlen erreichen wollen, müssen wir Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückgewinnen. Vertrauen gewinnen wir nur, wenn wir wieder sagen, was wir tun, und dann auch tun, was wir sagen. Dazu zählt insbesondere, dass wir politische Fehler der Vergangenheit offen ansprechen, und zugleich klare Konzepte für die brennenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft vorlegen. Dazu müssen wir auch wieder bereit sein, zu streiten, kontrovers zu

1 diskutieren und auch unbequeme Entscheidungen zu treffen.

2
3 Das bedeutet nicht zuletzt eine neue politische Kultur in der Arbeit der Partei. Offener,
4 solidarischer, konfliktbereiter, jünger, weiblicher – das sind wichtige Stichworte für diese
5 Veränderung. Unsere Arbeit der kommenden Jahre werden wir daran ausrichten. Wir setzen
6 das konsequent um:

- 7
8 • Wir werden verstärkt über die Ziele und die Inhalte unserer Politik diskutieren und wo nötig
9 auch streiten. Dabei werden wir uns noch weiter für den Dialog mit Gewerkschaften,
10 Organisationen und Initiativen und mit unseren Wähler*innen öffnen. Für uns gilt:
11 Als politische Partei haben wir eine klare grundsätzliche Orientierung – aber bei der Umsetzung
12 in konkrete und praktische Politik arbeiten wir aus Überzeugung mit denen zusammen, die
13 davon betroffen sind, die damit in vielfacher Hinsicht „leben müssen“.
- 14 • Für uns gibt es dabei keine Tabus und keine Denkverbote. Wir haben verstanden, dass die
15 Menschen uns und unsere Politik nicht mehr überzeugend, nicht mehr glaubwürdig finden. Auf
16 dem Weg zu neuer Glaubwürdigkeit werden wir auch selbstkritisch fragen, welche Fehler wir in
17 den letzten 20 Jahren gemacht haben – und wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen,
18 dass wir uns neu orientieren und die Fehler beheben.
- 19 • Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Beschlüsse der Partei in der
20 praktischen Politik ihren Niederschlag finden. Parlamentarische Entscheidungen und
21 Regierungshandeln müssen mit der Beschlusslage der Partei in Einklang bleiben. Auch das
22 gehört zum Prinzip „Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.“
- 23 • Wir richten den Blick über den Tag und über Legislatur- und Wahlperioden hinaus. Kommunal
24 arbeiten wir intensiv an Konzepten für ein lebens- und lebenswertes Düsseldorf für die
25 kommenden 10 Jahre. Mit unserem Wahlprogramm für 2020 werden wir sie vorlegen und eine
26 breite Diskussion in der Stadt dazu initiieren.
- 27 • Wir werden die aktive Beteiligung aller Gruppen in der Partei sicherstellen. Unser besonderes
28 Augenmerk gilt dabei der aktiven Teilnahme von Jüngeren und von Frauen, aber zugleich auch
29 der vielen älteren Genossinnen und Genossen, die auch im höheren Alter noch politisch
30 mitmischen wollen. Wo nötig, werden wir auf diesem Weg unsere Arbeit in den Gremien, in den
31 Ortsvereinen, den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen verändern, um aktives Mitarbeiten
32 auch wirklich möglich zu machen.
- 33 • Wir werden unsere Arbeit zugleich mit Blick auf die neuen Kommunikationsmöglichkeiten und -
34 wege in unserer Stadt verändern. Diskussionen und Entscheidungen müssen auch online und
35 von zuhause, von der Arbeit und von unterwegs aus möglich sein. Hinterzimmer und
36 Ochsentour waren gestern. Wir laden alle ein, bei uns mitzumachen, ganz gleich, wie viel Zeit sie
37 mitbringen und wie dauerhaft sie sich engagieren wollen oder können.
- 38 • Wir freuen uns über jede Beteiligung unserer Mitglieder, punktuell, an einem Projekt, am besten
39 natürlich in dauerhafter Mitarbeit. Öffnung der Partei bedeutet aber auch, dass wir
40 Nichtmitgliedern Arbeits- und Beteiligungsmöglichkeiten anbieten.

41 **Begründung:**

42 Erfolgt mündlich.

43 Ergänzend beziehen wir uns auf die zahlreichen öffentlichen Debattenbeiträge, die seit dem 4.
44 März vorgelegt worden sind. Exemplarisch etwa:

45 **SPD gemeinsam erneuern (www.parlamentarische-linke.de/spd-gemeinsam-erneuern/)**

46 **Anleitung zur Radikalisierung der Sozialdemokratie (www.europaradikale-sozis.eu)**

47 **Gemeinsame Erklärung zum Ausgang des Mitgliedervotums der SPD (www.nogroko.nrw)**

Antragsteller: OV Düsseldorf-Hennekamp und weitere Unterstützer

Adressaten: Bundesparteitag, Bundesvorstand

PERSONELLE ERNEUERUNG – RÜCKTRITT DES BUNDESVORSTANDES

Der UB-Parteitag möge beschließen:

Das Vertrauensverhältnis zwischen Basis und Parteiführung ist zerstört. Deshalb fordern wir den SPD-Bundesvorstand zum geschlossenen Rücktritt auf. Ein neuer Vorstand, einschließlich der/des Vorsitzenden, wird auf einem Sonderparteitag Ende 2018 gewählt, damit genügend Zeit für eine möglichst große Zahl von qualifizierten Bewerbungen bleibt und die Parteibasis Gelegenheit hat, sich eine Meinung über die Kandidatinnen und Kandidaten zu bilden.

Begründung:

Der amtierende Vorstand sowie insbesondere die beiden ehemaligen Vorsitzenden Sigmar Gabriel und Martin Schulz und die aktuelle Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles haben die SPD durch einen völlig misslungenen Bundestagswahlkampf sowie diverse strategische Fehlentscheidungen in ihre schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik gestürzt. Höhepunkt dieses kollektiven Versagens war die Entscheidung, vom Gang in die Opposition abzurücken, den man am Wahlabend um kurz nach 18 Uhr öffentlichkeitswirksam verkündet hatte, und den eine große Mehrheit der Parteimitglieder erleichtert zur Kenntnis nahm. Die SPD hat sich unglaublich gemacht, indem sie die Kanzlerin, gegen die ihr Wahlkampf gerichtet war, nun schon zum dritten Mal mitgewählt hat (siehe UBA-Beschluss der Düsseldorfer SPD vom 17. Januar 2018).

Unabhängig von der Ausgestaltung der nun durch Mitgliedervotum beschlossenen Regierungsbeteiligung wird es aller Voraussicht nach viele Jahre dauern, bis die Partei sich von diesem Desaster erholt hat und wieder eine Chance bekommt, die Kanzlerin oder den Kanzler zu stellen. Die dringend nötige inhaltliche Erneuerung der SPD ist nur in Verbindung mit einem echten personellen Neuanfang und einer neuen innerparteilichen Demokratiekultur möglich.

Die bisherige Parteiführung hat in den letzten Monaten offenkundig den Kontakt zur Realität und zur Basis verloren. Die Beweggründe für die dramatische Kehrtwende vom Gang in die Opposition zur Fortsetzung der Koalition wurden nie schlüssig erklärt. Nur durch Täuschung und Machtmissbrauch ist es gelungen, die für eine Regierungsbeteiligung nötigen Parteitagsbeschlüsse herbeizuführen. Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurden "ergebnisoffene Verhandlungen" versprochen; es gebe "keinen Automatismus" in Richtung Große Koalition; man wolle alle Optionen ausloten. Diese leeren Versprechungen haben die Vorstandsmitglieder wider besseres Wissen abgegeben, denn es war von vornherein klar, dass CDU und CSU sich nur auf eine klassische Koalition einlassen würden, da die SPD-

1 Führung unmittelbar nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen ihren strategischen 1 Vorteil
2 durch schnelles Einlenken aus der Hand gegeben hatte.

3
4 Auf dem Sonderparteitag im Januar 2018 wurde beschlossen, dass das
5 Abstimmungsverfahren des Mitgliedervotums "von besonderer Fairness gekennzeichnet"
6 sein solle. Der Parteivorstand war verpflichtet, "im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, und
7 vor allem auch im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen, die diskursive Bandbreite der
8 Debatte" abzubilden. Gegen diesen Beschluss hat der Vorstand mit seinen einseitigen
9 Regionalkonferenzen und dem tendenziösen Anschreiben zum Mitgliedervotum verstoßen.
10 Die Aussage unseres kommissarischen Vorsitzenden Olaf Scholz, das Mitgliedervotum sei
11 "eine gute demokratische Veranstaltung" gewesen, wirkt daher deplatziert.

12
13 Das Personalgerangel im Anschluss an die Koalitionsverhandlungen war eine
14 Aneinanderreihung von Peinlichkeiten: Schulz bootet Gabriel aus, Gabriel tritt gegen Schulz
15 nach, Nahles serviert Schulz ab und möchte kommissarische Vorsitzende werden, obwohl
16 das laut Parteistatut nicht möglich ist. Und Olaf Scholz behauptet, in der Partei sei man
17 näher zusammengedrückt. Diese verfehlte Art von Krisenmanagement schädigt den Ruf der
18 SPD nachhaltig.

19
20 Aus diesen Gründen ist in der jetzigen personellen Konstellation keine vertrauensvolle
21 Zusammenarbeit zwischen Basis und Parteispitze mehr möglich. Wenn die SPD nicht in der
22 Bedeutungslosigkeit versinken will, und wenn sie ein Drittel ihrer Mitglieder nicht noch
23 weiter entfremden will, dann muss sie die Gelegenheit bekommen, die Katastrophe der
24 letzten 14 Monate ohne Maulkörbe und Denkverbote aufzuarbeiten und einen Vorstand zu
25 wählen, der sowohl kompetent als auch vertrauenswürdig ist.

Ininitiativantrag I3

nach Änderung **angenommen**; s. Protokoll, S. 9

Antragsteller: OV Flingern und die Unterzeichnenden

Adressaten: Delegierte zum Bundesparteitag, UB Düsseldorf

SPDERNEUERN: TRENNUNG VON PARTEI- UND FRAKTIONSVERSITZ

Der UB-Parteitag möge beschließen:

In einer großen Koalition muss die SPD über das Tagesgeschäft und den Koalitionsvertrag hinaus Visionen und Positionen für eine weitergehende sozialdemokratische Politik diskutieren und entwickeln. Dazu brauchen wir einen Parteivorsitz der frei vom Regierungshandeln diese Aufgabe wahrnimmt. Deswegen sind wir für eine Ämtertrennung von Fraktionsvorsitz oder einem Ministeramt und dem Parteivorsitz.

Wir fordern unsere Delegierten zum Bundesparteitag am 22.4. auf durch ihr Abstimmungsverhalten diesen Beschluss umzusetzen.

Begründung erfolgt mündlich.

1 **Antrag B6**

erledigt durch B5; s. Protokoll, S. 8

2
3 **Antragsteller:** Arbeitsgruppe „Struktur“

4 **Adressaten:** Unterbezirksvorstand

5
6 ***ÄNDERUNGSANTRAG ZUM ANTRAG DER JUSOS***
7 ***„PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ DURCH ONLINE-***
8 ***PLATTFORMEN ERHÖHEN“***

9
10 In Buchstabe f) hinter „Beschlusslage“ einfügen: „und den Stand der Beschlussumsetzung“.

Antrag B19

erledigt durch B13; s. Protokoll, S. 5

Antragsteller: Arbeitskreis EUROPA der SPD Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

STIMMRECHTSVERGABE FÜR DEN ARBEITSKREIS EUROPA BEI PARTEITAGEN

Der UB-Parteitag beschließt:

Der Arbeitskreis EUROPA erhält ein Stimmrecht bei Abstimmungen auf Parteitag der SPD Düsseldorf. Die satzungskonforme Umsetzung (z. B. als Ergänzung § 5 Abs. 4, lit. I der Satzung der SPD Düsseldorf) erfolgt durch die Satzungskommission, die endgültige Beschlussfassung erfolgt auf dem Satzungsparteitag

Begründung:

Seit jeher beeinflussen europapolitische Aspekte stark sowohl die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik als auch das Selbstverständnis der SPD als weltoffene Partei, die sich einer solidarischen und friedfertigen Politik gegenüber anderen Staaten verpflichtet sieht. Erst in den letzten Jahren ist sowohl in der Bevölkerung als auch innerhalb der SPD allmählich das Bewusstsein für dieses grundlegende Politikfeld gewachsen. Daher erscheint es angemessen, jenes Forum der SPD Düsseldorf, das sich diesem Politikfeld widmet, mit einem Stimmrecht auszustatten. Neben einem deutlichen Bekenntnis der SPD Düsseldorf zu Europa erhält der Arbeitskreis EUROPA damit eine gebotene Teilhabe an der politischen Willensbildung der SPD Düsseldorf.

Antragsteller: SPD Ortsverein Düsseldorf Oberbilk

Adressat: Unterbezirksparteitag

Trennung von Funktion und Mandat im Unterbezirk Düsseldorf

Wir fordern den Unterbezirksparteitag auf, die Änderung der Unterbezirks-Satzung §7 Absatz 2) dahingehend zu beschließen, dass:

- a) Mitglieder des Landtages, des Bundestages und des Europaparlamentes sowie der*die Oberbürgermeister*in der Stadt Düsseldorf, der*die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion und lohnabhängig und freiberuflich Beschäftigte aller Vorgenannten nicht zeitgleich stimmberechtigtes Mitglied im Unterbezirksvorstand sein dürfen.
- b) Mitglieder des Landtages, des Bundestages und des Europaparlamentes sowie der*die Oberbürgermeister*in der Stadt Düsseldorf, der*die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion und lohnabhängig und freiberuflich Beschäftigte aller Vorgenannten nicht zeitgleich Delegierte zum Landesparteitag, zum Bundesparteitag oder zur Regionalkonferenz sein dürfen.
- c) die unter a) Genannten als beratende Mitglieder mit entsprechendem Rede- und Vorschlagsrecht des Unterbezirksvorstandes definiert werden.
- d) eine Überlappungszeit bis zum nächsten geplanten Wahlparteitag, maximal jedoch 12 Monate, bei den in a) und b) genannten Funktionen und Mandaten eingeräumt wird.
- e) Ausnahmen von den in a) bis d) dargestellten Regelungen ausschließlich auf einem Unterbezirksparteitag beschlossen werden können.

Begründung:

Mandatsträger*innen sind aufgrund Koalitionszwängen, öffentlicher Wahrnehmung und anderem zu Kompromissen und Zurückhaltung gezwungen. Die Partei auf der anderen Seite hat das Ziel, ein klares Profil zu zeigen und entsprechend deutliche Forderungen zu formulieren. Liegen parteiinterne Funktion und Mandat jedoch in einer Hand müssen zwangsläufig eben diese Parteiziele den Zwängen des Mandatsträgers bzw. der Mandatsträgerin untergeordnet werden.

Die Folgen davon sind ein unklares Parteiprofil in der Außenwahrnehmung, sowie das Gefühl der Basis, von der Parteiführung übergangen oder ignoriert zu werden.

Dies haben die letzten Jahre, insbesondere aber die vergangenen Wochen und Monate mehr als deutlich gezeigt, sodass hier dringend Handlungsbedarf besteht.

Antrag B21

abgelehnt; s. Protokoll, S. 5

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

UNABHÄNGIGE PERSONALPOLITIK

Wir fordern den Unterbezirksparteitag auf, die folgenden Satzungsänderungen zu beschließen:

§7 Absatz 2a) ist folgendermaßen zu ändern:

Zur Sicherstellung der Objektivität der Delegierten

1. dürfen Delegierte zum Landesparteitag, der Regionalkonferenz und des Bundesparteitags nicht

A. Mitglied eines Landtags, des Deutschen Bundestags oder des Europaparlaments,

B. Oberbürgermeister*in der Stadt Düsseldorf,

C. lohnabhängig Beschäftigte oder freiberuflich Tätige eines Mandatsträgers der o.g. Parlamente oder der Partei sein.

Sollte ein*e amtierende*r Delegierte*r eines der unter Nummer 1 genannten Mandate erhalten, erlischt die Delegation sofort, wenn die voraussichtliche Zeit bis zu den Neuwahlen der Delegierten länger als 12 Monate beträgt; Einzelfälle entscheidet der Unterbezirksausschuss.

2. dürfen für den Unterbezirksvorstand nicht kandidieren:

A. Mitglieder eines Landtags, des Deutschen Bundestags oder des Europaparlaments

B. der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf

C. lohnabhängig Beschäftigte eines Mandatsträgers der o.g. Parlamente oder der Partei als solche

D. auf Honorarbasis für die Partei tätige Personen

E. der*die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion.

Der*die Vorsitzende des Unterbezirks sowie dessen/deren Stellvertreter*innen bleiben hiervon ausgenommen. Sollte ein Mitglied des Vorstands eines der unter Nummer 2 genannten Mandate während der laufenden Amtszeit erlangen, bleibt es Mitglied des Vorstands bis zu dessen Neuwahl.

Außerdem ist neu hinzuzufügen:

§10 Abs. 4

Der unter Abs. 3 aufgezählte Personenkreis ist berechtigt, auf den Sitzungen des Unterbezirksvorstands Anträge zu stellen.

1 **Begründung:**

2 Sieht man sich bundesweit an, wer sowohl für die Parteitage delegiert ist, als auch
3 innerparteiliche Spitzenämter innehat, wird eines schnell klar: Es sind immer wieder die
4 Mandatsträger*innen, deren Mitarbeiter*innen oder die Beschäftigten der Partei, die diese
5 Posten bekleiden. Dies führt zu einem potentiellen Verlust an Objektivität bei Delegierten und
6 Vorstandsmitgliedern.

7 Es ist an der Zeit, dass das Wir entscheidet. Eine stärkere Trennung von Amt und Mandat ist
8 nötig, um die SPD offener für Veränderungen zu machen und einen echten Erneuerungsprozess
9 zu ermöglichen.

Antragsteller: AG „Öffnung der Partei“

Adressaten: Unterbezirksparteitag

**ÖFFNUNG DER PARTEI – MANDATSBEGRENZUNG
ENTFREMDUNG DER MANDATSTRÄGER*INNEN VON DER
BASIS REDUZIEREN**

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, Mandate auf zwei Wahlperioden, mit der Option auf Verlängerung um eine weitere Wahlperiode bei positiver Urwahl durch die Parteimitglieder des entsprechenden Wahlkreises, zu begrenzen. Dies soll für folgende Mandatsträger gelten: Rat / BV / MdL / MdB / MdEP.

Begründung:

Wenn man sich aktuell in der Basis der Partei und in der Bevölkerung die Meinung über Mandatsträger*innen und politische Ämter anhört, wird vor allem der langfristige Verbleib in politischen Ämtern und Verlust der Bindung zu Basis und Bevölkerung kritisch gesehen.

Die Dauer von zwei Wahlperioden bietet den Mandatsträger*innen genügend Zeit um ein entsprechendes Mentoringprogramm für Nachwuchskräfte begleitend aufbauen. Durch diese Maßnahmen wird die Partizipation derzeit noch unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen gefördert und die Abhängigkeit der Politiker von politischen Ämtern reduziert. Die Urwahl durch die Basis zur 3. Wahlperiode bietet zudem ein Instrument der Evaluierung.

Antrag B26

abgelehnt; s. Protokoll, S. 6

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

BESCHRÄNKUNG AUF DREI WAHLPERIODEN

Wir fordern bei Mandatsträger*innen eine Beschränkung auf maximal drei Wahlperioden.

Folgende Änderungen sind ergänzend in die Satzung des Unterbezirkes Düsseldorf vom 26. Januar 2013 aufzunehmen:

§ 17 Funktions- und Mandatsträger, Quotierung, Amtszeitbegrenzung

[...]

(4) Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, die ihr Mandat bereits **drei** Wahlperioden innehatten, sind von einer unmittelbaren weiteren Kandidatur für ihr jeweiliges Mandat ausgeschlossen. Diese Beschränkung wird nach einer Wahlperiode ohne dieses jeweilige Mandat wieder aufgehoben.

Begründung:

Ziel der Beschränkung der konsekutiven Wahlperioden ist es, die Partei lebendig zu halten. Ein regelmäßiger Wechsel ist wichtig, um die Durchlässigkeit für neue Ideen und Talente zu gewährleisten. Eine Verkrustung der Strukturen soll dadurch vermieden werden.

Antragsteller: Arbeitsgruppe Struktur

Adressat: Unterbezirksparteitag

UNTERBEZIRKSVORSTAND MIT DOPPELSPITZE – QUOTIERUNG NACH MANDAT UND GESCHLECHT

Der UB-Parteitag beschließt, die Satzung des Unterbezirks wie folgt zu ändern:

§ 10 Unterbezirksvorstand

(1) Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk. Er führt die Geschäfte des Unterbezirks und trägt die Verantwortung für die politischen und organisatorischen Aufgaben. Er ist für die Ausführung der Beschlüsse des Unterbezirksparteitages und des Unterbezirksausschusses verantwortlich. Er sichert die Zusammenarbeit zwischen den Parteigliederungen, den Arbeitsgemeinschaften und der Ratsfraktion sowie den Bezirksvertretungen. Der Unterbezirksvorstand tagt nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat. Über die Sitzung des Unterbezirksvorstandes wird ein Protokoll erstellt. Der UB-Vorstand kann jederzeit die Organisationsgliederungen und deren Unternehmungen sowie Arbeitsgemeinschaften kontrollieren, Aufschlüsse anfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften und Arbeitsgemeinschaften beratend teilzunehmen. Der UB-Vorstand hat darauf hinzuwirken, dass jeder Vorstand einer Gliederung die Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung erfüllt.

(2) Dem Unterbezirksvorstand gehören 15 gewählte Mitglieder an:

- a) ~~der oder die~~ **zwei** Vorsitzende (**Doppelspitze**)
- b) zwei stellvertretende Vorsitzende
- c) der oder die Kassierer(in)
- d) der oder die Schriftführer(in)
- e) der oder die Beauftragte für Internet und Soziale Netzwerke
- f) der oder die Beauftragte für Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung
- g) ~~acht~~ **sieben** Beisitzer(innen), die für konkrete Arbeitsbereiche zuständig sind.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag in getrennten Wahlgängen in der Reihenfolge der Nennung in Abs. (2). Die Wahlen zu a), c) bis f) erfolgen in Einzelwahl. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Die Wahlen zu a), b) und g) erfolgen in Listenwahl. Die Quotierung ist für den Vorstand und den geschäftsführenden Vorstand einzuhalten. **Ein Mitglied der geschlechterparitätisch besetzten Doppelspitze darf zugleich Mandatsträger(in) sein. Insgesamt dürfen im Vorstand und im geschäftsführenden Vorstand maximal 50% der Mitglieder zugleich Mandatsträger(innen) sein.**

Der amtierende Vorstand soll zwei Wochen vor dem Parteitag den Delegierten einen Vorschlag zur Wahl des Vorstandes unterbreiten.

Aus den Reihen des Parteitages können zusätzliche Vorschläge unterbreitet werden. Der Parteivorstand bleibt bis zur Konstituierung des neu gewählten Parteivorstandes im Amt.

(3) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Unterbezirksvorstands teil: a) die Düsseldorfer Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten b) die gewählten Mitglieder in den Vorständen höherer Parteigliederungen c) der oder die Vorsitzende oder eine(r) seiner oder ihrer gewählten Vertreter(innen) und der oder die Geschäftsführer(in) der Ratsfraktion d) der oder die Vorsitzende des Unterbezirksausschusses e) je ein(e) Vertreter(in) der UB-Arbeitsgemeinschaften gemäß § 5 dieser Satzung f) der oder die Geschäftsführer(in) der Düsseldorfer SPD, sowie g) der oder die (Ober-)Bürgermeister(in) und h) der oder die Beigeordneten, sofern sie Mitglieder der SPD sind

§ 11 Geschäftsführender Unterbezirksvorstand

(1) Für die laufende politische und organisatorische Arbeit ist der geschäftsführende Unterbezirksvorstand zuständig.

(2) Der geschäftsführende Unterbezirksvorstand besteht aus

- a) ~~dem oder der~~ **den zwei** Vorsitzende{n}
- b) den zwei stellvertretenden Vorsitzenden
- c) der oder dem Kassierer(in)
- d) der oder dem Beauftragte(n) für Internet und Soziale Netzwerke
- e) der oder dem Beauftragte(n) für Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung

Er erledigt die ihm vom Unterbezirksvorstand übertragenen Aufgaben. Er tagt nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat.

(3) Der geschäftsführende Unterbezirksvorstand tagt einmal vierteljährlich mit dem engeren Fraktionsvorstand der Ratsfraktion und den SPD-Beigeordneten. Sie beraten die gemeinsame politische Arbeit, koordinieren und bereiten Beschlüsse für Fraktion und Unterbezirk vor.

Sachdarstellung:

Im Rahmen der strukturellen Erneuerung der SPD Düsseldorf ist auch die bisherige Struktur des Unterbezirksvorstandes als zentrales, geschäftsführendes Gremium des Unterbezirks zu hinterfragen.

Mit einer geschlechterparitätischen Doppelspitze wird die ehrenamtliche Verantwortung im Parteivorsitz zukünftig auf mehrere Schultern verteilt. Wir erreichen hierdurch mehr Partnerschaftlichkeit und verbessern die Gleichstellung von Frauen und Männern. Mit der paritätischen Doppelspitze trägt die SPD ihrem politischem Auftrag der Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft innerparteilich Rechnung. Zudem erleichtert eine Doppelspitze ganz grundsätzlich die Vorbereitung auf Generationenwechsel im Vorstand.

Nur ein Mitglied der Doppelspitze soll zugleich Mandatsträger(in) sein dürfen. Insgesamt sollen künftig maximal 50% des Vorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes Mandatsträger(innen) sein können. Mandatsträger(innen) übernehmen maßgeblich politische Verantwortung, verfügen über wichtige Fachkenntnisse und Netzwerke. Gleichwohl sind sie in ihrer Funktion als Mandatsträger(innen) regelmäßig mit Koalitions- oder Fraktionsdisziplin konfrontiert. Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im Unterbezirksvorstand kann dies zu Interessenkonflikten führen, weshalb künftig eine Mandatsträgerquotierung vorzusehen ist.

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

ANTRAG ZUR ERHÖHUNG DER BETEILIGUNG UNTER 35-JÄHRIGER

Der Unterbezirksparteitag beschließt:

Folgende „fett“ markierte Änderungen, sind ergänzend in die Satzung des Unterbezirkes Düsseldorf vom 26. Januar 2013 aufzunehmen:

§ 7 Unterbezirksparteitag

(...)

(5) Die Delegiertenmandate der Ortsvereine werden nach dem Verhältnis der abgerechneten Mitgliederzahlen des letzten Kalenderjahres vor Einberufung des Parteitags auf die Ortsvereine verteilt. Dabei ist sicherzustellen, dass Frauen und Männer in der Delegation eines jeden Ortsvereins mindestens zu je 40 % **sowie zu je 25 % unter 35 Jahren** vertreten sind.

§ 17 Funktions- und Mandatsträger, Quotierung

(...)

(2) In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieser Satzung und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % **sowie zu je 25 % unter 35 Jahren** vertreten sein. Die Pflicht richtet sich an das wählende oder entsendende Gremium. Die Quotierung bezieht sich insbesondere auf Mehrpersonengremien wie Vorstände, geschäftsführende Vorstände, von Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen.

§ 20 Rat

(...)

(4) Die Direktkandidaten für den Rat der Stadt werden grundsätzlich in Stadtbezirkskonferenzen nominiert. Die Stadtbezirkskonferenzen legen ferner fest, für welche Wahlkreise welche Kandidat(innen) aufgestellt werden, und haben dabei die Einhaltung der Mindestabsicherung der Geschlechter von 40 Prozent **und des Alters, in dem jede/r fünfte Kandidat/in unter 35 Jahren ist**, sicherzustellen.

Begründung:

Junge Menschen bringen neue Ideen und erweitern das Themenspektrum der Partei. Gerade im Erneuerungsprozess ist dies essentiell. Demnach sollte es ein wichtiges Ziel sein, junge Mitglieder in die Partei und ihre Gremien einzubinden. Dadurch macht die SPD deutlich, dass sie die Meinungen, Interessen, sowie das Engagement der jungen Genoss*innen wertschätzt. Dies kann auch maßgeblich dazu beitragen, dass junge Menschen ihr Kreuz (oder noch besser Kreuze) wieder bei der SPD setzen und von einem Eintritt in die Partei zu überzeugt werden. Nicht zuletzt würde dies auch eine Senkung des Altersschnitts in den Gremien bedeuten, sodass er sich dem der Bevölkerung annähert und eine bessere Repräsentanz entsteht.

2
3 **Antragsteller:** Arbeitskreis EUROPA der SPD Düsseldorf

4 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag

5
6 ***STIMMRECHTSVERGABE FÜR DEN ARBEITSKREIS EUROPA***
7 ***BEIM UNTERBEZIRKSAUSSCHUSS (UBA)***

8
9 Der UB-Parteitag beschließt:

10 Der Arbeitskreis EUROPA erhält ein Stimmrecht bei Abstimmungen des
11 Unterbezirksausschusses (UBA). Die satzungskonforme Umsetzung (z. B. als Ergänzung in § 14
12 Abs. 2 Satzung der SPD Düsseldorf und 2 Streichung von § 14 Abs. 5, lit. b Satzung der SPD
13 Düsseldorf) erfolgt durch die Satzungskommission, die endgültige Beschlussfassung erfolgt auf
14 dem Satzungsparteitag.

15
16 **Begründung:**

17
18 Seit jeher beeinflussen europapolitische Aspekte stark sowohl die Bundes-, Landes- und
19 Kommunalpolitik als auch das Selbstverständnis der SPD als weltoffene Partei, die sich einer
20 solidarischen und friedfertigen Politik gegenüber anderen Staaten verpflichtet sieht. Erst in
21 den letzten Jahren ist sowohl in der Bevölkerung als auch innerhalb der SPD allmählich das
22 Bewusstsein für dieses grundlegende Politikfeld gewachsen. Daher erscheint es angemessen,
23 jenes Forum der SPD Düsseldorf, das sich diesem Politikfeld widmet, mit einem Stimmrecht
24 auszustatten. Neben einem deutlichen Bekenntnis der SPD Düsseldorf zu Europa erhält der
25 Arbeitskreis EUROPA damit eine gebotene Teilhabe an der politischen Willensbildung der SPD
26 Düsseldorf.

Antrag B27

zurückgezogen; s. Protokoll, S. 7

Antragsteller: Jusos Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag

ANTRAG ZUR ABSCHAFFUNG DER EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Unterbezirksparteitag möge die Streichung von §9 Absatz 5 der Satzung des Unterbezirks (UB) Düsseldorf beschließen.

Des Weiteren ist eine Änderung der Geschäftsordnung des UB Düsseldorf vorzunehmen. Hier ist Ziff. 2.2 folgendermaßen zu ändern:

„Die Antragskommission (§ 10, Abs. 5 der UB-Satzung) bereitet die Antragsberatungen des Unterbezirksparteitages vor. Sie prüft die Anträge aus formaler und inhaltlicher Sicht, ordnet sie nach Sachgebieten und schlägt die Reihenfolge ihrer Beratung vor.“

Die Ziff. 2.3 und 2.4 sind ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Die Antragskommission erfüllt wichtige Funktionen für die rechtliche Prüfung und Gliederung der gestellten Anträge. Ihre Abstimmungsempfehlungen gehören jedoch abgeschafft.

Da der Empfehlung der Antragskommission erfahrungsgemäß in der überwiegenden Mehrheit der Fälle gefolgt wird, übt diese einen massiven Einfluss auf das Abstimmungsverhalten aus und nimmt das Ergebnis eines Parteitags meist vorweg. Wir möchten, dass die Delegierten ihre Rolle in einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Anliegen verstehen. Den Delegierten kommt eine wichtige Kontrollfunktion zu, die durch eine Abstimmungsempfehlung untergraben wird.

Antragsteller: Arbeitsgruppe „Struktur“

Adressaten: Unterbezirksparteitag

ANTRAGSKOMMISSION REFORMIEREN II

Der UB-Parteitag beschließt, die Geschäftsordnung des Unterbezirksparteitags wie folgt zu ändern:

2. Antragskommission

2.1 Für jeden Unterbezirksparteitag wird eine Antragskommission gebildet, die sich gemäß § 10 9, Abs. 4 der Satzung des Unterbezirks zusammensetzt. Die Antragskommission ist vom Parteitag zu bestätigen.

Keine Delegierte und kein Delegierter darf mehr als zweimal hintereinander der Antragskommission angehören.

Die Antragskommission tagt parteiöffentlich.

~~Zwei Mitglieder des UB-Vorstandes und die oder der Vorsitzende der vorgeschlagenen Parteitageleitung sowie seine beiden Stellvertreter oder Stellvertreterinnen nehmen beratend an den parteiöffentlichen Sitzungen der Antragskommission teil.~~

2.2 Die Antragskommission (§ 10 9, Abs. 5 der UB-Satzung) bereitet die Antragsberatungen des Unterbezirksparteitages vor. Sie prüft die Anträge aus formaler und inhaltlicher Sicht und kann Anträge zusammenfassen. Die Antragskommission ordnet die Anträge nach Sachgebieten **und** schlägt die Reihenfolge ihrer Beratung vor ~~und macht dem Unterbezirksparteitag eine Beschlussempfehlung.~~

2.3 ~~Sie empfiehlt entweder~~

~~a. Nichtbefassung~~

~~b. Überweisung von Anträgen~~

~~bb. Überweisung von Anträgen in der Fassung der Antragskommission~~

~~c. Annahme von Anträgen~~

~~cc. Annahme von Anträgen in der Fassung der Antragskommission~~

~~d. Ablehnung von Anträgen~~

~~e. Erledigung von Anträgen durch bereits beschlossene Anträge~~

~~f. Annahme von Anträgen als Material zu beschlossenen Anträgen~~

2.4 Die Vorschläge und Mitteilungen der Antragskommission sind den Delegierten bei Anträgen, die gemäß § 10 9, Abs. 2 der Satzung des Unterbezirks rechtzeitig eingegangen sind, schriftlich bekannt zu geben. Die Begründung kann mündlich erfolgen.

[...]

2.6

b. Änderungsanträge im Sinne der Geschäftsordnung (Ziffer 2, Abs. 5) werden vor der Beschlussfassung ~~über die Empfehlung der Antragskommission~~ abgestimmt

1 **Antrag B6**

erledigt durch B5; s. Protokoll, S. 8

2
3 **Antragsteller:** Arbeitsgruppe „Struktur“

4 **Adressaten:** Unterbezirksvorstand

5
6 ***ÄNDERUNGSANTRAG ZUM ANTRAG DER JUSOS***
7 ***„PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ DURCH ONLINE-***
8 ***PLATTFORMEN ERHÖHEN“***

9
10 In Buchstabe f) hinter „Beschlusslage“ einfügen: „und den Stand der Beschlussumsetzung“.

Antrag B36

erledigt durch B32; s. Protokoll, S. 8

Antragsteller: OV Bilk

Adressaten: Parteivorstand

~~URWAHL~~MITGLIEDERENTSCHEID

Die SPD Düsseldorf fordert den Bundesvorstand auf, die Entscheidung über die/den zukünftige/n Vorsitzende/n jetzt und zukünftig über eine Mitgliederentscheid~~Urwahl~~ herbeizuführen. In dessen Rahmen sollen Diskussionsveranstaltungen mit den Kandidaten/innen durchgeführt werden.

Begründung

Nach einhelliger Meinung der Mitglieder soll sich die SPD erneuern. Diese Absicht kann sich nicht alleine auf Inhalte beziehen. Auch der durch den Parteivorstand ausgerufene neue politische Stil darf sich nicht in Ankündigen erschöpfen. Die Besetzung wichtiger Ämter innerhalb der SPD darf daher nicht wie bisher einfach im kleinen Kreis beschlossen bzw. per Akklamation durch gescheiterte Vorgänger erfolgen. Wer die SPD erneuern möchte, muss - gerade in diesen Zeiten - auch den Parteivorsitz durch die Mitglieder bestimmen lassen. Ein Wahlkampf um dieses Amt stärkt die Basis und fördert die innerparteiliche Beteiligung.

Antrag A13

erledigt durch Entscheidung des GF-Vorstands; s. Protokoll, S. 9

Antragsteller: Arbeitskreis EUROPA der SPD Düsseldorf

Adressaten: Unterbezirksparteitag, Unterbezirksvorstand

AUSRICHTUNG EINES PARTEITAGS ALS OFFENER PROGRAMMPARTEITAG ZUM THEMA „EUROPA“

**Ein Parteitag des SPD-Unterbezirks Düsseldorf im Jahr 2018 wird als offener
Programmparteitag zum Thema „Europa“ ausgerichtet.**

Begründung:

Die Europäische Union (EU) befindet sich in einer entscheidenden Situation, die es einerseits ermöglicht, die Bürgerinnen und Bürger für ein gemeinsames, solidarisches und zukunftsorientiertes Europa zu begeistern, die aber auch die bestehende Skepsis gegenüber der EU in eine längerfristige Ablehnung abgleiten lassen könnte. Letzteres könnte nicht nur zu nachhaltigen Wohlstandseinbußen der Bürgerinnen und Bürger führen; es droht auch ein weiteres Erstarken nationaler und nationalistischer Tendenzen, was den politischen Frieden in der EU bedrohen und ihren Einfluss in der internationalen Staatengemeinschaft schmälern würde. Angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sollte die SPD-Düsseldorf ein Zeichen setzen: Die Europäische Union und ihre Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen in der Gesellschaft konkreter verankert werden. Die SPD als europaorientierte Partei muss mehr Sitze im Europäischen Parlament anstreben, um dieses sozialdemokratisch zu prägen. Die dafür notwendigen Konzepte werden ausgearbeitet, indem sich das oberste Entscheidungsgremium im Unterbezirk (Parteitag) noch im Jahr 2018 auf das Thema „Europa“ konzentriert und dabei sowohl wesentliche Leitlinien zum Selbstverständnis der EU als auch konkrete Forderungen (z. B. Sport- und Kulturaustausch finanziell stärken; Fonds gegen Wohnungsnot etablieren) zur weiteren Entwicklung der Union formuliert.